

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Wortprotokoll
84. Sitzung

Berlin, den 22.04.2009, 16:30 Uhr

Sitzungsort: MELH 3.101

Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1

10117 Berlin

Sitzungssaal: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Vorsitz: Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB

TAGESORDNUNG:

Einzigster Punkt Tagesordnung

„Situation der Menschenrechte von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten in den Ländern Irak und Iran“

Seite

2

Sachverständige

Dr. Katajun Amirpur, Publizistin

Prof. Dr. Ingo Hofmann, Bahá'í-Gemeinde Deutschland

Ruth Jüttner, amnesty international

Eva Savelsberg, Europäisches Zentrum für Kurdische Studien

Prof. Dr. Udo Steinbach, ehem. Direktor des GIGA-Instituts für Nahoststudien

Tilman Zülch, Gründer und Generalsekretär der Gesellschaft für bedrohte Völker

Einzigster Punkt der Tagesordnung

„Situation der Menschenrechte von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten in den Ländern Irak und Iran“

Die Vorsitzende: Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 84. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages. Wir haben heute eine hoch spannende, außerordentlich wichtige, aber auch eine sehr breitgefächerte Anhörung vor uns. Es geht um die Situation der Menschenrechte von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten in den Ländern Irak und Iran. Ich darf dazu die Sachverständigen ganz herzlich begrüßen, die uns heute mit ihrer Expertise und ihrem Rat zur Verfügung stehen. Ich möchte Sie auch im Einzelnen erwähnen: Frau Dr. Katajun Amirpur, Prof. Dr. Ingo Hofmann, Frau Ruth Jüttner, Frau Eva Savelsberg, Prof. Dr. Udo Steinbach und Herr Tilman Zülch. Herzlichen Dank, dass Sie gekommen sind, aber auch dafür, dass einige von Ihnen uns sehr interessante schriftliche, gutachtergleiche Statements zu unserem Fragenkatalog zugesandt haben, was uns sehr gefreut hat.

Ich darf Sie jetzt bitten, noch etwas über den Ablauf zur Kenntnis zu nehmen. Wir würden gerne in einer ersten Runde zunächst die Expertinnen und Experten zu Wort kommen lassen, was bedeutet, dass jeder von Ihnen zwischen 8 und 10 Minuten Redezeit hat. Es wäre jedoch besser, wenn Sie sich an der unteren Grenze orientieren, da das die Möglichkeit für Rückfragen verbessert. Nachdem Sie mit ihren Vorträgen fertig sind, haben die Abgeordneten die Möglichkeit für eine Rückfrage- und Bemerkungsrunde. Im Anschluss an diese Rückfrage- und Bemerkungsrunde würden dann die Expertinnen und Experten die Möglichkeit haben zu antworten, dann jedoch in entgegengesetzter Reihenfolge.

Ich darf jetzt die Mitarbeiter der Presse bitten, den Raum zu verlassen. Die Anhörung wird vom Hausfernsehen übertragen. Die Bilder für Fernsehanstalten können über den offiziellen Weg zur Verfügung gestellt werden.

Ich möchte nun Sie, Frau Dr. Amirpur, bitten, das Wort zu ergreifen.

Dr. Katajun Amirpur: Ich würde gerne in Thesen vortragen, was ich zu dem Thema

von sexuellen, ethnischen und religiösen Minderheiten, speziell im Iran, sagen möchte. Ich würde behaupten, dass besonders die Minderheiten im Iran stark gefährdet sind, die die radikal islamistische Ideologie Irans am stärksten in Frage stellen und nicht unbedingt, indem sie das aktiv oder bewaffnet tun, sondern allein durch ihre Weltanschauung, ihre Lebensauffassung oder einfach ihre Art und Weise zu leben. Damit bin ich auch schon bei der ersten Antwort auf die Frage, welche Minderheiten besonders bedroht sind. Ich würde annehmen, dass das zurzeit die Bahá'í, die Suffies und die Homosexuellen sind. Die Suffies sind in diesem Fragenkatalog gar nicht erwähnt, ich nehme an, dass ihnen bisher keine besonders große Beachtung entgegengebracht worden ist. Zufällig hat aber die Dame, die in den letzten Tagen durch die Presse „gegeistert“ ist, Roxana Saberi, eine junge Frau, die amerikanisch-japanisch-iranischer Abstammung ist, sehr häufig über diese Suffies berichtet. Die Suffies vertreten einen Islam, der der islamistischen Grundhaltung Irans am stärksten entgegensetzt, da sie der Auffassung sind, dass es einen toleranten Islam geben kann, der nicht von Gesetzesregeln und Vorschriften geprägt ist. Insofern stellen sie eigentlich die fast größtmögliche Herausforderung dar. In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist eine immer stärker Hinwendung zu dieser Form von suffischem Islam zu beobachten gewesen. Es gibt einige bedeutende Reformtheologen, die sich dafür einsetzen und es gibt Presseberichte, die davon ausgehen, dass es in den letzten Jahren eine stärkere Hinwendung von Iranern zum Suffietum gegeben hat, die zwischen 3 – 5 Mio. Menschen liegen. Die Verfolgung dieser religiösen Minderheit hat gerade unter Ahmadi-nedschad sehr stark zugenommen. Es fing im Februar 2006 an, da gab es die ersten Berichte über Schließungen von Derwisch-Klöstern und bis Februar 2009 gab es immer wieder Berichte über die zunehmende Verfolgung dieser religiösen Minderheit.

In eine ähnliche Logik fällt die sich sehr massiv verschlechternde Lage der religiösen Minderheit der Bahá'í. Hierauf möchte ich nicht im Einzelnen eingehen, da dies Prof. Dr. Hofmann gleich tun wird. Auch sie stellen den Anspruch der Islamischen Republik, den einzig wahren islamischen Glauben zu vertreten, massiv in Frage und gelten daher als Häretiker, genauso wie die Suffies auch.

Ähnliches kann man auch über die Homosexuellen sagen, die im Iran massiv verfolgt werden. Wobei es die Frage ist, inwieweit sie erkennbar sind. Entgegen dem, was Präsident Ahmadinedschad vor einigen Jahren vor der Columbia-Universität gesagt

hat, nämlich, es gebe keine Homosexuellen im Iran, gibt es sie durchaus und sollte die Beweisführung erbracht werden, dass es sich um Homosexuelle handelt, dann wird ganz massiv gegen sie vorgegangen. Wenn man die Frage beantworten möchte, ob die beiden Staaten Irak und Iran in der Lage und willens sind die Minderheiten in ihrem Land zu schützen, würde ich gerade im Bezug auf diese drei Minderheiten sagen, dass sie keinerlei Anspruch an sich selbst stellen, diese Minderheiten zu schützen. Im Gegenteil, es ist eine erklärte Strategie, diese Minderheiten zu verfolgen. Wir können später noch im Einzelnen darauf eingehen, wie das vonstatten geht und mit welcher Begründung. Aber auch darauf wird Prof. Dr. Hofmann sicher sehr ausführlich eingehen.

Bei der Frage, mit welchen Maßnahmen die internationale Gemeinschaft die Lage der Minderheiten verbessern, oder ob ausländische Hilfe die einzelnen Minderheiten gefährde, würde ich sagen, dass diese immer ein zweiseitiges Schwert ist. Sie kann gefährden, da man sich jedweder Einmischung von außen verwehrt und die Minderheiten dann umso mehr zur „Fünften Kolonne“ des Feindes abstempeln kann, was in der Vergangenheit immer wieder zu beobachten war. Andererseits habe ich die Erfahrung gemacht, dass sehr viele Iraner sich darüber beschwerten, dass die Europäer im Gespräch mit der iranischen Führung fast ausschließlich das iranische Atomprogramm im Auge haben und den Menschenrechten viel zu wenig Beachtung entgegengebracht werde. Gerade von Seiten aktiver Menschenrechtler bemühe man sich sehr um Hilfe von außen, da man alleine nicht mehr weiter weiß. Es wurde gerade in den letzten Jahren sehr häufig die Meinung vertreten, dass man, um die Atomfrage zu lösen, der iranischen Regierung das Zugeständnis geben würde, bei den Menschenrechtsverletzungen nicht mehr so genau hinzusehen. Auf diese Reaktion bin ich in sehr vielen Gesprächen getroffen, auch jetzt wieder, ich bin vor drei Tagen aus dem Iran zurückgekommen. Man fühlt sich dort eher alleingelassen und man reagiert fast schon beleidigt, wenn der Westen sich nur mit dem Iran im Bezug auf die Atomfrage auseinandersetzt.

Die Vorsitzende: Ich bin mir ganz sicher, dass es zu Ihrem Statement eine Reihe von Rückfragen geben wird. Ich bitte nun Herrn Prof. Dr. Hofmann das Wort zu ergreifen.

Prof. Dr. Ingo Hofmann: Ich möchte mich zunächst für die Gelegenheit bedanken,

hier einige Erläuterungen zur Frage der religiösen Minderheiten, insbesondere der Bahá'í, im Iran vorzutragen. Ich nehme auch an, dass die drastische Verschlechterung der Situation der Bahá'í im Februar/März 2009 diese Gelegenheit mit begünstigt hat. Bekanntlich ist die Todesstrafe, die gegen sieben Führungsmitglieder der Bahá'í im Iran angedroht worden war, weiterhin in der Schwebe. Es hat eine Verlagerung des Verfahrens gegeben und die Zukunft ist nach wie vor ungewiss. Diese Anklage gegen die Führungsspitze ist nur die Spitze des Eisbergs der Diskriminierung einer religiösen Minderheit im Iran. Was sich unter der Oberfläche verbirgt ist ein sehr breites Spektrum. Es gibt einige Besonderheiten, die die Bahá'í auch mit den Christen teilen, insbesondere den verfolgten Christen. Vielleicht sollte man hier gleich zu dem ersten Punkt, dem der gruppenspezifischen Unterschiede, in der Verfolgung von religiösen Minderheiten kommen. Ich werde mich übrigens auf die religiösen Minderheiten im Iran beschränken und vorrangig die Frage der Bahá'í ansprechen.

Man muss sagen, dass es im Iran eine Dreiklassengesellschaft gibt. In der ersten Klasse befinden sich die Schiiten, in der zweiten Klasse die anerkannten ethnischen und religiösen Minderheiten und in der dritten Klasse alles andere. Man kann die Bahá'í in die dritte Klasse verlegen, als die Paria der iranischen Gesellschaft, die, wenn es darauf ankommt, keine Rechte besitzen. Bei den geschützten „Buchreligionen“ ist zu unterscheiden zwischen den ethnisch-religiösen Minderheiten, also den Assyrern, Kaldäern usw., und denen, die eine solche ethnische Assoziation nicht aufweisen. Dazu gehören die evangelikalen Bewegungen, die Hauskirchen. Und was diese wiederum im Augenblick mit den Bahá'í gemeinsam haben, ist, dass sie in der iranischen Gesellschaft sichtbar geworden sind, was in der Vergangenheit zum Teil nicht der Fall war. Sie sind aus verschiedenen Gründen deutlich sichtbar geworden. Sie haben Erfolge bei der iranischen Jugend aufzuweisen. Gerade von den Hauskirchen wird berichtet, dass sie großen Zuspruch haben. Von den Bahá'í, in verschiedenen Teilen des Iran, wird berichtet, dass sie aufgrund sozialer Projekte, die sie in Nachbarschaftszirkeln und an der Basis der Gesellschaft realisieren, im Begriff sind ein positives Image aufzubauen, dass sich sehr zum Ärgernis der religiösen politischen Führung im Iran gestaltet hat. Wenn ich die Bahá'í in die dritte Klasse verweise, dann fußt das darauf, dass die Bahá'í nicht nur zu den Ungläubigen sondern auch zu den Schmutzigen zählen, wie das auch oft bei Christen getan wird, zumal, wenn sie sich aufgrund der Definition von Ayatollah Montezeri des Alkohols und Schweinefleisches

erfreuen. Bei den Bahá'í kommt hinzu, dass sie als Häretiker gelten, da der Religionsstifter, Baha'u'llah, im 19. Jahrhundert die Monopolstellung des Islam aufgehoben hat und allen Religionen der Menschheit gleichermaßen Achtung entgegenbrachte. Für die Bahá'í gilt die Glaubensmaxime, die Erde ist nur ein Land und alle Menschen sind seine Bürger. Damit können die Bahá'í auch nicht als religiös-ethnische Minderheit des Iran aufgefasst werden, sondern sie gehen über diesen Rahmen hinaus. Mit diesem Anspruch, die Erde ist nur ein Land, wird aber auch gleichzeitig der Grundstein gelegt, dass in den Unterstellungen, wie z. B. Spionage für den Westen und Beziehungen zum Ausland, zum Hauptpunkt gemacht werden, was auch für die sieben Führungsmitglieder gilt, die wegen angeblicher Spionage für Israel, religiöser Beleidigung und Gefährdung der Sicherheit des Iran auf der Anklagebank sitzen. Bedeutungsvoll ist, dass im Mai 2008 der große Ayatollah Montezeri, ungeachtet der Ablehnung die man den religiösen Vorstellungen der Bahá'í entgegen bringt, Bürgerrechte für die Bahá'í im Iran gefordert hat. Diese Frage ist auch Gegenstand unterschiedlicher Erörterungen bei Rechtsgelehrten im Iran. Die Trennung von religiöser Einstufung und von Bürgerrechten ist natürlich ein Novum. Ich möchte auch noch einmal darauf verweisen – da wir immer wieder zum Vermittler schlechter Nachrichten geworden sind – dass in der letzten Woche aus Ägypten die Nachricht kam, dass der ägyptische Innenminister das Problem der Identitätsausweise für die Bahá'í positiv gelöst hat. Es ist jetzt gestattet worden, das Feld der Religion frei zu lassen, wenn man nachweisen kann, dass die Eltern keiner der drei anerkannten Religionen zugehörig sind. Das ist eine beachtliche Errungenschaft, bei der auch die ägyptische Initiative für Menschenrechte eine große Rolle spielte und damit dieses Problem gelöst hat. Im Iran ist ein solches Problem nicht gelöst.

Ob der Iran in der Lage und willens ist, die Minderheiten zu schützen, dazu stellen wir fest, dass dieses Menschenrechtsverletzungen an den Bahá'í staatlich inszeniert sind und staatlich gesteuert werden. Sie werden von den Wächtern, den Basidschi, weitergeführt und umgesetzt. Die Behauptung der Regierung, dass sie nicht in der Lage sei die Bahá'í, aber auch die verfolgten Christen, zu schützen, da die Gesellschaft deren Aktivitäten nicht toleriere, ist eine Umkehrung der Kausalität. Diese Menschenrechtsverletzungen sind eindeutig von staatlicher Seite gewollt und werden auch von staatlicher Seite betrieben. Im Falle der Bahá'í lässt sich das durch das Golpaygani-Memorandum aus dem Jahre 1991 nachvollziehen, in dem den Bahá'í systematisch

der Zugang zu Bildungseinrichtungen, zum Fortschritt generell und der Besuch der Universitäten entzogen wird, und zwar im dem Augenblick, da bekannt wird, dass Personen diesem Glauben angehören. Das ist das Besondere der Situation im Iran. Wenn man sich Art. 19 der Verfassung vor Augen hält, dann ist dort die Rede davon, dass alle Bürger gleich seien, es darf nur nicht bekannt werden, dass sie nicht gleich sind. In dem Moment, wo bekannt wird, dass jemand ein bekennender Christ ist oder ein bekennender Bahá'í, dann ist er nicht mehr gleich. Ich sage das deshalb, weil diplomatische Vertretungen des Iran in jüngster Zeit im Ausland immer wieder die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz nach Art. 19 zu zitieren. Es hat keinen Schutz von staatlicher Seite gegeben, sondern es hat eine staatliche geförderte Hetze gegeben, die in die Medien und die Öffentlichkeit hineingetragen worden ist. Alleine die regierungsnaher Zeitung „Kayhan“ hat seit Juli 2008 über 100 Hetzartikel gegen die Bahá'í veröffentlicht und es finden laufend Hasspredigten und Unterschriftenaktionen statt. Es ist hier zu fordern, dass der staatlich geförderten Hetze gegen religiöse Minderheiten Einhalt zu gebieten ist. Die internationale Bahá'í-Gemeinde hat, zum Auftakt der Anti-Rassismus-Konferenz in Genf, dieses in einer Presseerklärung, an die Adresse des Iran, gefordert.

Welche Maßnahmen die internationale Gemeinschaft durchführen könnte, um die Lage zu verbessern. Mit Sicherheit sind die bisher erfolgten Maßnahmen auf der UN-, EU- und der Länder-Ebene zu begrüßen. Der Dank geht auch an den Deutschen Bundestag, der sich bereits 1981 und 1983 mit Entschlüssen gegenüber der damals sehr heftigen Hinrichtungssituation befasste und sich auch in den letzten Jahren wiederholt des Themas in seinen Beratungen annahm.

Die Glaubens- und Religionsfreiheit in der islamischen Welt ist ein grundsätzliches Thema. Es muss hier darum gehen, dass man seinen Glauben oder seine Überzeugung wechseln kann und auch diesen Glauben anderen mitzuteilen. Dies ist im Augenblick im Iran untersagt.

Unser Dank gilt auch der Intervention der Bundesregierung vom Februar, einer direkten Anmahnung des Iran, die ein sehr wirkungsvolles Instrument ist. Es ist zu hoffen, dass wir in bilateralen Aktionen weiterhin darauf bestehen.

Ich möchte abschließend zum EU-Menschenrechtsdialog sagen, dass dieser natürlich zu begrüßen ist, aber nur wenn im Vorfeld keine Bedingungen von iranischer Seite gestellt werden. Es muss Benchmarks geben, die den Erfolg dieser Menschenrechtsberatungen sicherstellt, ansonsten, würde ich sagen, ist er für deutsche Politiker vergeudete Zeit. Die derzeitige Situation in der Anti-Rassismus-Konferenz lässt allerdings etwas Zweifel aufkommen. Ich möchte mit der Bemerkung schließen, dass die Bahá'í die am stärksten bedrohte Minderheit darstellen und dass die Veränderung der Menschenrechtssituation auch an Veränderungen, die den Bahá'í gegenüber erzielt werden, gemessen werden kann.

Ruth Jüttner: Ich werde mich in meinen Ausführungen auf die Situation der ethnischen Minderheiten konzentrieren. Nach den Erkenntnissen von amnesty international hat sich die Situation der ethnischen Minderheiten im Iran nach der Präsidentschaft von Ahmadinedschad signifikant verschlechtert. Das betrifft vor allem die Kurden, Araber, Belutschen, Aseris und Turkmenen. Man muss dazu sagen, dass das die Hälfte des Iran betrifft, denn nur etwa 50 Prozent der Bevölkerung sind Perser, der Rest sind ethnische Minderheiten.

Man muss im Blick behalten, dass die Siedlungsgebiete dieser ethnischen Minderheiten häufig in den Grenzprovinzen liegen, sie wirtschaftlich vernachlässigt sind und die Bevölkerung marginalisiert ist. Ihnen werden wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte vorenthalten. Der Sonderberichterstatter der UN zu angemessenem Wohnraum war im Jahr 2005 im Iran und hat in seinem Bericht kritisiert, dass gerade die ethnischen Minderheiten keine angemessenen Wohnungen und keinen ausreichenden Zugang zu sauberem Wasser besitzen. Auch der Zugang zur Bildung ist eingeschränkt. Die vorliegenden Statistiken zeigen, dass Angehörige ethnischer Minderheiten eine sehr viel höhere Analphabetenquote aufweisen als der Rest des Landes.

Es gibt im Iran ein Auswahlssystem, wonach Bewerber, die sich auf Arbeitsplätze in staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen, die einen Großteil des iranischen Arbeitsmarktes ausmachen, bewerben, sich einer ideologischen Überprüfung unterziehen müssen. Dort werden Fragen zur Religion gestellt und nach einem islamkonformen Lebenswandel. In den meisten lokalen Verwaltungen, in den Provinzen, arbeiten daher keine Angehörigen dieser Minderheiten, was immer wieder zu Unruhen und zu

vermehrten Forderungen von Vertretern dieser Minderheiten führt, diese Diskriminierungen zu beenden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen weiteren Punkt hinweisen.

Wir haben festgestellt, dass in den letzten Jahren eine massive Zunahme von Verfolgungsmaßnahmen von Aktivisten zu verzeichnen ist, die sich für die Menschenrechte und für die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte dieser ethnischen Minderheiten einsetzen. Menschenrechtsverteidiger, NGO-Aktivisten, Journalisten und Studenten die diese Themen ansprechen sind zunehmend Opfer von Repressionen geworden. Die Anklagepunkte, die man in der Regel gegen sie erhebt, sind vage formuliert, wie z. B. Handlungen gegen die nationale Sicherheit, Verbreitung von Lügen, Propaganda gegen das System oder das Schüren von Unruhen. Es kommt zu Festnahmen, es wird immer wieder berichtet, dass die Festgenommenen gefoltert werden. Die Gerichtsverfahren entsprechen nicht den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren und es werden Haftstrafen ausgesprochen. Das gilt natürlich auch für die Menschenrechtsaktivisten in Teheran. Was wir jedoch feststellen, ist, dass die Strafen, die in den Regionen der ethnischen Minderheiten gegen diese Aktivisten verhängt werden, sehr viel höher sind, als die Strafen, die man aus Teheran gewohnt ist. Ein Beispiel dafür ist die Kampagne zur Gleichstellung von Frauen, die in Teheran sehr aktiv ist, aber auch viele Aktivistinnen in Kurdistan oder anderen Minderheitengebiete hat. Die kurdischen Aktivistinnen werden sehr viel härter bestraft als z. B. die Aktivistinnen in Teheran. Es sind mindestens drei Kurdinnen zurzeit in Haft. Eine davon ist zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Vor wenigen Tagen, Mitte April, ist eine junge Studentin wegen ihrer Menschenrechtsaktionen zu einer Haftstrafe von sechs Jahren verurteilt worden.

Im Zusammenhang mit den ethnischen Minderheiten kommt ein Punkt hinzu, der die Situation noch verschärft. Bei den meisten Minderheiten gibt es bewaffnete Oppositionsgruppen, die sich Zusammenstöße mit den iranischen Sicherheitskräften liefern, oder an Bombenanschlägen beteiligt sind. Das gilt für die Belutschen, für die kurdische Organisation PJAK, die seit einigen Jahren einen bewaffneten Kampf gegen die iranische Regierung führt, und für die Araber. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass es gerade bei bewaffneten Aktionen immer wieder zu Massenfestnahmen kommt. Wir haben den Eindruck, dass auch friedliche Aktivisten, die als Journalisten

oder Rechtsanwälte für diese Minderheiten einsetzen, unter dem Vorwand der Unterstützung dieser bewaffneten Gruppen festgenommen werden, das es Anklagen gibt und sehr hohe Haftstrafen verhängt werden. Ein kurdischer Journalist wurde kürzlich zu 11 Jahren Haft verurteilt. Wir sind der Meinung, dass das lediglich auf seine friedliche Aktivität zurückzuführen ist. Zwei weitere kurdische Aktivisten sind zum Tode verurteilt. Diese Verfahren sind noch anhängig. Ihnen wird die sogenannte „Feindschaft gegen Gott“ zur Last gelegt, was normalerweise die Unterstützung dieser bewaffneten Gruppen beinhaltet. Bei den Belutschen hat es den Fall eines Aktivisten gegeben, der ebenfalls zum Tode verurteilt worden ist und nach einem unfairen Verfahren auch im August 2008 hingerichtet wurde. Insgesamt muss man feststellen, dass sich die Verfolgungsmaßnahmen gegen die ethnischen Minderheiten im Iran in den letzten Jahren massiv verstärkt haben.

Ich würde jetzt gerne noch einige Sätze zu dem Menschenrechtsdialog zwischen der EU und dem Iran sagen. Hier möchte ich mich Herrn Prof. Dr. Hofmann anschließen. Grundsätzlich begrüßt amnesty international diesen Dialog. Allerdings sollte er auch mit dem Wunsch verknüpft sein, bestimmte Ziele zu erreichen. Wenn man diesen Dialog wieder aufgreift, dann sollten diese Ziele formuliert werden. Es sollte von Seiten der EU-Mitgliedsstaaten Benchmarks gesetzt und auch transparent gemacht werden, um deutlich zu machen, was man mit diesem Dialog erreichen will, um dann die Möglichkeit zu haben, zu überprüfen, ob die Fortschritte, die erreicht werden sollten, auch erreicht worden sind.

Der zweite Punkt, den ich in diesem Zusammenhang erwähnen möchte ist, dass wir uns wünschen, dass bei diesem Dialog sehr viel stärker auch iranische Menschenrechts- und Zivilrechtsaktivisten beteiligt werden. Das war bislang bei dem Dialog nicht der Fall. Es wäre sicherlich auch sinnvoll, wenn man von iranischer Seite erreichen könnte, dass z. B. Repräsentanten des Büros des Obersten Revolutionsführers, des Wächterrats oder der Staatsanwaltschaft in diesen Dialog eingebunden werden, denn das sind teilweise die Institutionen, die für die schwierige Menschenrechtssituation im Iran mitverantwortlich sind.

Zum Schluss würde ich gerne einige Sätze zu dem Thema sagen, was Deutschland tun kann. Wir denken, dass die Bundesregierung und auch die Politik allgemein nur

dann eine glaubwürdige Menschenrechtspolitik gegenüber dem Iran durchführen kann, wenn keine doppelten Maßstäbe bei der Menschenrechtspolitik angelegt werden. Die Diskussion, die wir hier in Deutschland teilweise führen, dass das absolute Folterverbot von einigen in Frage gestellt wird oder im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Terrorismus, Überlegungen angestellt werden, Informationen zu verwerten, die unter hochgradig fragwürdigen Bedingungen zustande gekommen sind, dass ist einer Menschenrechtspolitik nicht gerade förderlich und schwächt die Position der Bundesregierung gegenüber dem Iran, wenn man dort Menschenrechtsverstöße kritisieren möchte. Die gleiche Position vertreten wir gegenüber allen Ländern gleichermaßen kritisch. Man schwächt die eigene Position, wenn man z. B. die Situation in Saudi Arabien, wo es schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gibt, nicht genauso kritisiert, wie gegenüber dem Iran. Im Bezug auf den Iran denke ich, könnte man die ethnischen Minderheiten stärken, wenn die Bundesregierung und die Politiker den Kontakt zu Menschenrechtsorganisationen dieser Minderheiten suchen und diesen Kontakt halten, um deutlich zu machen, dass man ein Auge auf die Entwicklungen und Verfolgungsmaßnahmen in diesen Provinzen hat. Das wäre zum einen ein Signal an die Regierung in Teheran und es hat möglicherweise auch einen Schutzeffekt für die bedrohten Menschenrechtsaktivisten.

Eva Savelsberg: Ich werde mich zum Irak äußern. Wenn man sich mit einer derart breiten Fragestellung wie der Situation der ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten im Irak beschäftigt, dann muss man nicht nur zwischen den einzelnen Minderheiten differenzieren, sondern auch zwischen den Regionen in denen diese Minderheiten leben, was im Irak sehr wichtig ist. Ich möchte mich weniger auf die Gebiete beziehen, die unter zentralirakischer Verwaltung stehen, da ich glaube, dass es relativ unumstritten ist, dass sowohl Christen, Yeziden als auch Mandäer dort massiver Verfolgung ausgesetzt sind. Diese reichen von Morden über Entführungen, Raub, Plünderungen, Drohungen, Zwangskonvertierungen bis hin zu Vergewaltigungen. Es steht außer Frage, dass es diese Art der Verfolgung gibt. Was aber eher schwierig zu beurteilen ist im Irak, ist die Frage, ob diese Übergriffe in erster Linie religiös motiviert sind oder nicht. Wenn beispielsweise ein mandäischer Juwelierladen in Bagdad überfallen und ausgeraubt wird, dann könnte man annehmen, dass dies finanziell motiviert ist, andererseits darf man in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass es immer wieder Fälle gibt, in denen beispielsweise in Moscheen gepredigt wird, dass es völlig

legitim ist Ungläubige, zu denen auch die Mandäer gehören, auszurauben, jedenfalls dann, wenn ein Teil der Beute der islamischen Sache gewidmet wird. Man darf auch nicht vergessen, dass Tätern vollkommen klar ist, dass die Straftaten gegen Minderheiten in der Regel von den Minderheiten nicht angezeigt werden und schon deshalb nicht verfolgt werden können. Es sei einmal dahingestellt, dass die Strafverfolgung im Iran ohnehin mehr oder weniger nicht vorhanden ist.

Ich will nicht im Detail auf die Frage eingehen, wie die Verfolgung gegenüber religiösen Minderheiten unter zentralirakischer Verwaltung stehenden Gebieten aussieht, sondern ich will die Frage stellen, inwieweit ist die de jure kurdisch verwaltete Region eine Region in der Minderheiten – hier werde ich mich in erster Linie auf Yeziden und Christen beziehen – Schutz vor Verfolgung finden können. Der erste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der, dass es keine systematische Verfolgung gegenüber Yeziden und Christen in der kurdisch verwalteten Region gibt. Wenn man dies im Hinterkopf hat, stellt sich natürlich die Frage, wieso beispielsweise die Yeziden, die unter teils furchtbaren Bedingungen in Regionen wie dem Jebel Sinjar leben, nicht in Massen in die kurdisch verwaltete Region fliehen, was sie nicht tun. Es sind Yeziden aus Bagdad und Mossul in die kurdisch verwaltete Region geflohen, aber aus dem Jebel Sinjar sind so gut wie keine in diese Region gekommen. Hier muss man feststellen, dass eine solche Flucht in die vergleichsweise sicheren Gebiete von der kurdischen Regionalregierung ganz bewusst verhindert wird, und zwar indem man den Yeziden aus den sogenannten umstrittenen Gebieten, hierbei handelt es sich um Regionen, die derzeit nicht de jure kurdisch verwaltet sind, auf die die kurdische Regionalregierung, die sowohl Bagdad als auch Erbil verwalten möchte, aus historischen Gründen aber Ansprüche erhebt, untersagt, ihre Lebensmittelrationen in der kurdisch verwalteten Region zu beziehen. Man rechnet, dass, wenn in einem Gebiet wie dem Jebel Sinjar möglichst viele Yeziden leben, die Mehrheit der Yeziden definiert sich als kurdisch, dann werden diese Personen dafür votieren, dieses Gebiet der kurdischen Nationalverwaltung zuzuschlagen. Folglich muss man dafür sorgen, dass möglichst viele Yeziden in diesem Gebiet verbleiben. Man hat kein Interesse, ihnen eine bessere Situation in der kurdischen Region zu bieten. Ein Großteil der sehr armen und kinderreichen Familien im Jebel Sinjar sind schlicht und ergreifend von diesen Lebensmittelrationen abhängig. Abgesehen davon gab es erhebliche Teuerungen in der kurdischen Region, was es schwierig macht, Wohnraum zu finden. Sie fragen sich jetzt sicher,

warum es diesen Familien nicht möglich ist, ihre Lebensmittelrationen in die kurdische Region zu transferieren. Es liegt daran, dass die Wahllisten anhand der Registrierung der Lebensmittelkarten aufgestellt werden. In dem Moment, wo ein Yezide nicht mehr im Jebel Sinjar seine Lebensmittel erhält, sondern in der de jure kurdisch verwalteten Region, beispielsweise Dohuk, dann muss er in Dohuk wählen und gehört somit nicht mehr zu der Bevölkerung, die darüber entscheidet, ob der Jebel Sinjar der kurdisch verwalteten Region zugeschlagen wird.

An diesem Punkt ist interessant, dass die Politik der KLG gegenüber den Christen etwas anders aussieht. Es ist nicht so, dass Christen, die aus umstrittenen Regionen kommen, grundsätzlich die Transferierung ihre Lebensmittelration verweigert wird. Das ist ihnen durchaus möglich. Es ist aber festzustellen, dass die kurdische Regionalregierung bestimmte Programme aufgelegt hat, um Christen präferiert zu behandeln. Beispielsweise gab es bestimmte finanzielle Leistungen für Christen, die diese in der kurdisch verwalteten Region beantragen konnten. Es handelte sich hierbei jedoch nicht um Leistungen, auf die man einen Rechtsanspruch gehabt hätte. Es war also nicht sicher, ob sie diese Leistungen erhalten haben oder nicht und es gab immer wieder Verdachtsmomente, dass die Haltung gegenüber der KLG mitentscheidend sei, ob Familien diese Hilfe erhielten. Es ist also durchaus eine Unterschiedlichkeit der KLG gegenüber diesen religiösen Minderheiten festzustellen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt ansprechen, den ich für sehr wichtig halte und der über die Frage religiöser und ethnischer Minderheiten hinausgeht, aber gleichwohl in ihrem Fragenkatalog steht. Und zwar, inwieweit es im Nordirak Verstümmelungen an Frauen gibt. Die Hilfsorganisation Wadi hat seit 2004 systematisch Daten dazu erhoben, ob und in welchem Ausmaß Frauen verstümmelt werden. Inzwischen sind eine erhebliche Anzahl von Daten ausgewertet worden. Im Rahmen einer quantitativen Untersuchung sind 5.500 Frauen befragt worden. Dabei ging es alleine um die Frage, ob sie verstümmelt worden sind oder nicht. Im Rahmen eines eher qualitativen Fragebogens, wo auch der religiöse Hintergrund und die Frage, wer die Verstümmelung ausgeführt hat, abgefragt worden sind, sind 1.800 weitere Frauen angesprochen worden. Die Auswertung ist aufgrund finanzieller Engpässe noch in den Anfängen. Eins ist aber schon jetzt sehr klar, man kann Verstümmelungen an Frauen nicht mehr als ein auf Afrika begrenztes Problem betrachten. Es wurde gefragt, ob es stimmt, dass in

manchen Regionen bis zu 60 Prozent der Frauen verstümmelt sind. Die Antwort darauf lautet ja, es gibt sogar Regionen, in denen der Anteil wesentlich höher ist. Wenn man sich beispielsweise die Soran-Region um Rawanduz ansieht, dann stellt man fest, dass dort 85 Prozent der Frauen verstümmelt sind. In der Pishta-Region um Raniya sind es sogar 95 Prozent, in der Region Erbil sind es 70 Prozent und in der Region Kirkuk 60 Prozent. Die einzige Region, die hier etwas besser wegkommt, ist die Provinz Dohuk in der Badinan-Region, wobei das Ergebnis nicht erklärbar ist, denn auch dort ist die schiitische Rechtsschule des Islams vorherrschend, die Beschneidungen grundsätzlich als Halal betrachtet. Auch Dohuk ist im Vergleich zu Sulaymaniya keineswegs fortschrittlicher. Insofern gehen auch diejenigen, die diese Studie erhoben haben, davon aus, dass es nicht so ist, dass dort weniger Verstümmelungen stattfinden, sondern dass man davon ausgehen muss, dass dort noch nicht davon gesprochen wird.

Es ist vielleicht auch noch wichtig, dass diese Verstümmelungen nicht auf die kurdische Region beschränkt sein dürfte. Zum einen erkennt man das daran, dass auch Araberinnen und Turkmeninnen zum Teil in diesen Frageerhebungen auftauchen, zum anderen aber auch, dass angesichts der Tatsache, dass die Kampagne, die verschiedene Organisationen derzeit gegen Verstümmelung durchführen, das ganze Ausmaß der Verstümmelungen publik gemacht hat und sich angesichts dieser Tatsache Shiitinnen aus dem Süden des Iraks mit den kurdischen Organisationen in Verbindung gesetzt haben und sagten, dass das Zustände seien, die man dort auch findet, man sei zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht so weit, um damit in die Öffentlichkeit zu gehen. Wenn man weiter forscht, so denke ich, muss man durchaus davon ausgehen, dass auch in anderen Gebieten des Irak mit einer derartigen Praxis zu rechnen ist.

Prof. Dr. Udo Steinbach: Ich werde beide Länder berühren und mich auf allgemeine Feststellungen beschränken, die vielleicht manches leichter verorten lassen, von dem was an den zahlreichen Fakten soeben gesagt worden ist. Mit Blick auf die Thematik über die wir heute sprechen, müssen wir deutlich zwischen dem Irak und dem Iran unterscheiden. Die Probleme, die im Blick auf den Irak auftauchen, resultieren weitestgehend aus der Schwäche der Zentralregierung. Es ist niemand da, der eine öffentliche Ordnung garantieren kann. Auf den kurdischen Sektor komme ich gleich

noch zu sprechen. Im Falle Irans haben wir eine stabile, gefestigte Ordnung, die eine klare ideologische Grundlage hat und Tatbestände, über die wir hier reden, resultieren dort aus den ideologischen Dimensionen des Regimes.

Kommen wir zunächst einmal zum Irak. Hier müssen wir feststellen, dass die amerikanische Invasion im Irak die sozialen Strukturen tiefstgreifend zerstört bzw. verändert hat. Früher war der klassische Minderheitenkonflikt der mit den Kurden. Im Irak haben die Kurden praktisch ihren eigenen Staat, ihre eigene Identität. Das funktioniert einigermaßen, wie wir gerade gehört haben, und ein Kurde ist Staatspräsident eines Landes, das sich über viele Jahrzehnte hinweg zugleich als Vorkämpfer des arabischen Nationalismus gefühlt hat. Die Konflikte im Irak, die Verletzungen, sind nicht so sehr ethnischer Natur, sie beziehen sich in erster Linie auf konfessionelle Minderheiten. Es geht hier zum einen um den Kampf um das Zentrum. Der Kampf um das Zentrum sieht unterschiedliche Pole sowohl unter den Schiiten als auch unter den Sunniten vor. Die Kurden haben sich dem gegenüber etabliert. Die Sunniten, eine Minderheit, kämpfen um ihren Platz im System und eine starke sunnitische Gruppe fühlt sich als das Herz des Widerstandes des Kampfes gegen die Besatzung. Religiöse Minderheiten kämpfen im Irak um das Überleben. Die Christen haben das Problem, dass sie in die Visierlinie von islamistischen Extremisten geraten sind. Das Argument, dass sie unter Saddam Hussein zeitweilig eine besondere Rolle gespielt haben, besonders geschützt waren, wenn Sie so wollen, sogar eine privilegierte Rolle gespielt haben, rächt sich nun. Das verhängnisvollste, was die Christen betrifft, ist die Präsenz von hunderten von amerikanischen Missionaren im Irak. Durch die klerikalen Missionare sind die Christen ein Teil einer „fünften Kolonne“, jedenfalls in der Wahrnehmung eines großen Teils der irakischen Bevölkerung. Die Christen im Norden anzusiedeln, ist zweifelhaft. Es ist eine Zwischenlösung, kann aber keine Dauerlösung sein. Viele Christen werden in den kurdischen Regionen angesiedelt, um dort als „Stimmvieh“ zu gelten, damit geraten die Kurden wieder in eine neuerliche Zwickmühle und stehen vor einer gefährlichen Zukunft. Ähnliches gilt für die kleineren nichtchristlichen Gemeinschaften, vor allen Dingen dann, wenn sie außerhalb der Siedlungsgebiete auftreten. Die Yeziden gehören zu dieser Gemeinschaft. Sie leben in den Siedlungsgebieten relativ gesichert. Wir haben aber erlebt, dass blutige Attentate auch dort stattgefunden haben. Ansonsten, da wo sie als Gruppe außerhalb dieses Siedlungsgebiets leben, sind sie Opfer von Verfolgung, die allerdings nicht vom Staat ausgeht, er

ist aber auch nicht in der Lage, sie in diesen Gebieten zu schützen.

Außerhalb des Nordens leidet die gesamte irakische Bevölkerung. Das Problem des Iraks ist nicht, dass Problem der Minderheiten, sondern einer gesamten irakischen Bevölkerung. 2,5 Mio. Menschen leben im Ausland. Egal wer zurückkommt, findet in der Regel seine Wohnung von irgendjemand besetzt. Das ist kein Minderheitenproblem, sondern ein Schiit oder Sunnit, der nach Syrien oder Jordanien gegangen ist, kehrt zurück und findet seine Wohnung besetzt.

Die Fragestellung nach der Homosexualität möchte ich bejahen. Im weiten Teilen der irakischen Gesellschaft gilt Homosexualität als widernatürlicher Geschlechtsverkehr und ist strafbar. Das Ganze findet aber nicht im Rahmen einer sichtbaren staatlichen Verfolgung statt, sondern eher verdeckt.

Im Iran haben wir ein stringentes politisches System und wo es Verfolgung gibt, ist diese Verfolgung vor dem Hintergrund der ideologischen Grundlage des Staates zu sehen und der Tatsache, dass der schiitische Islam nach § 2 der iranischen Verfassung Staatsreligion ist. Das mag für die eine oder andere Minderheit sogar vergleichsweise positiv sein. Die armenischen Christen beispielsweise sind relativ gut integriert und haben ihre eigenen Schulen und Ausbildungsstätten. Sie haben auch zwei Abgeordnete im iranischen Parlament. Prekär ist die Situation der Missionskirchen, die unter starken Druck geraten sind und seit der Revolution immer schon waren. Der Unterschied zur früheren Situation ist der, dass mit dem Glaubenswechsel ein neuer Tatbestand geschaffen worden ist. Früher hat es zwar auch Verfolgungen von iranischen Christen, also solchen, die vom Islam zum Christentum übergetreten sind, gegeben. Diese waren aber jedoch eher informell gewesen. Man hat es gewusst und darüber gesprochen, aber der Staat ist nicht eingeschritten und Verfolgungen wurden blockiert. Wenn das Konvertieren zum christlichen Glauben als Straftatbestand im Strafgesetzbuch behauptet, dann wird aus dem Konvertieren eine offizielle staatlich verfolgte strafbare Handlung. Generell kann man sagen, dass sich unter Ahmadi-nedschad die Gesamtsituation für bestimmte Gruppen in der Bevölkerung verschlechtert hat, und das nicht nur für die Bahá'is. Das hängt damit zusammen, dass Herr Ahmadi-nedschad eine Art Khomeini-Verschnitt ist, nicht so charismatisch, aber auch populistisch, der zu vielen Prinzipien der khomeinistischen Revolution zurückgekehrt ist,

die er jetzt neu mobilisieren möchte und auf deren Grundlage er neu handeln möchte. Das bezieht sich auch auf die Lage der ethnischen Minderheiten, die seit dem Beginn der Islamischen Republik nie besonders gut gewesen ist. Die ersten Verfolgungen haben im Herbst 1979 bereits gegen die Kurden stattgefunden. Die ethnischen Minderheiten sind zum Teil auch religiöse Minderheiten, wobei die ethnische Dimension in der Islamischen Republik die ist, die zählt. Die Tatsache, dass es sunnitische Minderheiten gibt, verschweigt man eher. Aber Kurden, Aseris, Belutschen usw. sind ein Problem. Man muss allerdings sehen, woher das Problem kommt. Der iranische Staat, so wie wir ihn sehen, mit all den Minderheiten, in dem nur ca. 50 Prozent Farsi sprechen, besteht seit 1501 in den noch heutigen Grenzen. Die veränderte Situation im Irak, die Präsenz der Amerikaner an den Grenzen Irans hat auch die Situation der Minderheiten verändert, die an den Grenzen des Landes leben, wie z. B. die Kurden, aber auch die Aseris und die Belutschen. Wenn wir an die Aserbajdschaner denken, darf nicht vergessen werden, dass diese Minderheit aus etwa 15 Mio. besteht, doppelt so viele wie im Staate selbst.

Die Homosexualität ist im Iran offiziell verfolgt. Es gibt im Unterschied zum Irak immer wieder Kampagnen, die öffentlich gemacht werden und Homosexualität findet in der Regel auch vor den Gerichten ihr Urteil.

Wenn das wesentliche Problem, wie ich sagte, in der Instabilität des Irak liegt, dann muss die deutsche Politik darauf gerichtet sein, einen Beitrag zur Wiederherstellung der Stabilität des Landes zu leisten, zur Stärkung der Zivilgesellschaft sowie zur Stärkung des Bildungssektors. Denn Bildung ist eine Voraussetzung dafür, dass Verfolgung und ähnliches nicht stattfinden. Was den Iran betrifft, so erinnere ich nur daran, dass wir schon einmal viel besser dran waren mit diesem Land. Wir haben einen Menschenrechtsdialog von 1988 bis 1994 geführt, der meines Erachtens erfolgreich gewesen war. Diesen Dialog sollte man wieder aufnehmen. Man sollte nicht auf die Atomfrage allein sehen, wie das Kaninchen auf die Schlange, sondern die Atomfrage sehen und die Lösung dieser Frage im breiteren Kontext der Verwandlung der iranischen Gesellschaft und der Demokratisierung der iranischen Gesellschaft diskutieren. Genau das ist es, was die Protagonisten der iranischen Gesellschaft von uns fordern. Lesen Sie die Beiträge von Shirin Ebadi, Friedensnobelpreisträgerin von 2006, die in vielen englischsprachigen Zeitungen veröffentlicht wurden. Sie sagt dort, dass die

Atomfrage im Kontext der weiteren Demokratisierung Irans zu lösen ist, und dass das Ausland die Kräfte stärken solle, die das System und das Land von Innen heraus wandeln wollen. Sie wehrt sich ausdrücklich dagegen, dass man den Iran und das Bild des Iran an Herrn Ahmadinedschad festmacht, was ich sehr wohl unterstreichen kann. Wir haben uns in den letzten Jahren zuviel um die Atomfrage gekümmert und zuwenig um die Menschenrechtsfrage. Wir hätten in viel stärkerem Maße die Atom-, Menschenrechts- und Demokratiefraage im Iran miteinander in Verbindung setzen müssen.

Tilman Zülch: Die VN-Konferenz in Genf endete mit einem Eklat, die Bundesregierung hat ihre Beteiligung zurückgezogen. Der ausgesprochen unangenehme, widerliche Antisemitismus des Regimes und die Bedrohung Israels charakterisieren in gewisser Hinsicht das Regime des Iran, genauso wie die Verfolgung der ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten. Ich denke, dass unabhängig davon auch Deutschland einen Anlass zur Nachdenklichkeit hätte. Sehr viele deutsche Firmen haben wesentlich zum Aufbau der irakischen Giftgasindustrie Saddam Husseins beigetragen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hatte dies damals leidenschaftlich vor Gerichten bekämpft. Nach den Giftgasangriffen auf kurdische und christliche Dörfer 1987 mit 5.000 Toten, inzwischen dürften es 10.000 sein, da das Sterben weitergeht, hätte man auch von der deutschen Öffentlichkeit, Parteien, Institutionen und nicht zuletzt auch von verschiedenen großen und kleinen Firmen eine Einkehr erwartet. Ich erinnere an den Angriff mit Scud-Raketen auf Israel, wo zunächst kaum ein Politiker erschien, bis deutlich wurde, dass auch deutsche Firmen an diesem Aufbau der Scud-Raketen beteiligt waren. Daher denke ich, dass wir eine besondere Verpflichtung gegenüber den Menschen im Irak und Iran haben.

Ich möchte nicht allzu viel zur Situation der Minderheiten wiederholen und möchte direkt darauf zu sprechen kommen, was Deutschland tun soll. Ich muss sagen, dass wir in Deutschland mit der Vergangenheitsbewältigung eine ganz eigene Strategie haben. Wo alle einer Meinung sind, wo es einen großen Konsens gibt, sind wir sehr aktiv, aber bei vielen anderen Situationen von Völkermord, Massenvertreibung, Massenmord in Konzentrations-, Internierungs- und Vergewaltigungslagern sind die verschiedenen Bundesregierungen sehr zurückhaltend gewesen. Andererseits haben wir sogar die Soldaten Saddam Husseins bei der Bundeswehr ausgebildet. Ich finde, dass wir der Bevölkerung des Irak und des Iran verpflichtet sind. Bei den Genozid in Ira-

kisch Kurdistan sind über die Jahrzehnte insgesamt 500.000 Kurden, Yeziden, Christen und Turkmenen vernichtet worden. Vielleicht sollte man im Bundestag oder in anderen offiziellen Bereichen in diesem Zusammenhang mit eine Art von Vergangenheitsbewältigung beginnen, was auch in Israel sehr begrüßt werden würde. Da in Israel heute fast alle irakischen und iranischen Juden ansässig sind. Auch eine Wiedergutmachung für die Stadt Halabja wäre eine wunderbare Sache. Wer nach Halabja kommt ist entsetzt. Wir alle kennen Hiroshima und Nagasaki. Halabja, eine kleine Stadt, ist, wenn man so will, ein Hiroshima im Kleinen. Die Giftgasangriffe haben sich leider auch gegen iranische Soldaten, meistens Kindersoldaten, gerichtet.

Zu den irakischen Christen wurde vorgetragen, wie sie im Einzelnen verfolgt werden. Meine Erfahrung ist, dass ein großer Teil dieser Menschen nach Westen strebt. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hatte deshalb in der deutschen Öffentlichkeit seit 2007 diese Aufnahme gefordert. Wir haben die evangelische Kirche nach langem Drängen bewegt, in der Öffentlichkeit aufzutreten. Es sind nur 2.500 geworden, das ist besser als nichts, aber es ist sehr wenig. Diese Menschen sind hoch motiviert und mein Eindruck nach zahlreichen Gesprächen mit den Flüchtlingen in Irakisch-Kurdistan ist, dass eine große Mehrheit von ihnen nach Westen möchte. So wie sich das Problem der Assyrer und Kaldäer in der Türkei durch Intoleranz so gut wie erledigt hat, kann man auch davon ausgehen, dass ein sehr großer Teil der irakischen Christen den Mut verloren hat und man auch in Kurdistan Angst hat, dass aufgrund der vielen feindlich gesinnten Staaten dieses Leiden weitergeht. Der kurdische Bundesstaat hat großzügig 100.000 Menschen aufgenommen, 100 Dörfer wieder aufgebaut. Es gibt Fernsehen für die aramäischsprachigen Christen und Rundfunk sowie Zeitungen, Schulen, Kulturinstitute, Kirchen werden wieder aufgebaut, aber nichts desto trotz scheint mir das nur ein Übergang zu sein. Da wir hier über die Minderheiten aus dem Irak diskutieren und unendlich viele dieser irakischen Flüchtlinge, die bei uns aufgenommen worden sind, zu Minderheiten gehören, scheint es mir eine absolute Absurdität, dass wir auf der einen Seite diese 2.500 Flüchtlinge aufnehmen und auf der anderen Seite Tausende allmählich wieder abdrängen. Das macht mich fassungslos. Wie ich auch fassungslos bin, dass es im Bundestag kein Aufbegehren dagegen gibt, dass Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr, „eingedeutschte“ Kinder die unsere Schulen und Universitäten besucht haben, für die sich Sozialarbeiter, Pastoren, einzelne Abgeordnete und viele Privatpersonen eingesetzt haben, all das kaputt gemacht wird,

indem wir sie dann mit irgendwelchen Formalien wieder „aus dem Lande jagen“.

Was die Exilorganisationen anbelangt, würde ich appellieren, keine totalitären Organisationen zu unterstützen. Die iranischen Mudjahedin, das wird Ihnen auch jeder liberale, an Rechtstaatlichkeit orientierte Iraner sagen, sind, wenn sie an die Macht kommen, noch schlimmer als das Regime selbst. Diese Mudjahedin haben sich an Kurden- und Schiitenvernichtungen im Irak beteiligt und haben Krieg gegen ihre eigenen Leute geführt als Saddam Hussein den Iran angriff. Was ich mir zu den Menschenrechtsdialogen wünsche ist, dass man sich für die Gefangenen, die Angehörigen der verschiedenen sexuellen, ethnischen und religiösen Minderheiten einsetzt. Das muss man sehr subtil machen, von Fall zu Fall auf vielen Umwegen. Wir haben erlebt, dass es auch gut ist, muslimische Staaten oder deren Vertretungen dazu zu bewegen, für solche Gefangene im Iran einzutreten. Was ich sehr wichtig fände, wäre eine Konferenz im Nahen Osten über Autonomie und Föderalismus. Der Iran ist ein sehr unstabiles Land. 15 bis 25 Mio. Aserbajdschaner gucken nach der Verfolgung nach Aserbajdschan. 7 bis 10 Mio. Kurden auf den autonomen Bundesstaat Kurdistan, der für dortige Verhältnisse fantastisch funktioniert. 2 Mio. Turkmenen sehen auf das weniger erfreuliche Turkmenistan. Aber wenn man wegen seiner ethnischen Zugehörigkeit, Sprache und Kultur unterdrückt wird, wenn die Region und Infrastruktur vernachlässigt wird, dann guckt man natürlich nach draußen. Ich erinnere daran, dass Spanien seine ethnischen Probleme bravours durch föderalistische und Autonomiemaßnahmen gelöst hat. Im Irak ist der einzige Teil, der heute stabil ist, die autonome kurdische Region, alles andere ist fragil. Bei den Yeziden ist es so, dass sie im Sinjar mit 84 Prozent für die Vereinigung mit dem Bundesstaat Kurdistan votiert haben. Etwa ein Drittel des kurdischen Sprachgebietes liegt außerhalb dieser kurdischen Region, und wir kennen alle das Leid, was der sunnitischen, schiitischen und christlichen Bevölkerung zugefügt wurde und durch diesen Krieg ausgelöst worden ist. Auf der anderen Seite gibt es jedoch gleichzeitig eine stabile Region im kurdischen Irak, die auch Vorbild für die umgebenden Staaten sein kann, ihre Nationalitätenprobleme, wie Spanien und Großbritannien, auf konstruktive Weise zu lösen. Wenn es solche Lösungen mit Selbstverwaltung oder Autonomie nicht gibt, dann wird weder der Irak noch der Iran zur Ruhe kommen.

Die Vorsitzende: Wir treten dann jetzt in die Diskussions- und Fragenrunde ein.

Wenn Sie damit einverstanden sind, würden wir es zeitlich so machen, dass wir eine Runde machen und dann noch eine Schlussrunde durch die Expertinnen und Experten. Ich darf alle Kolleginnen und Kollegen bitten, die Fragen stellen möchten, das jetzt zu tun.

Abg. Steinbach: Eines konnte man deutlich erkennen, die Lage sowohl im Iran als auch im Irak wird weitestgehend von Ihnen einheitlich beurteilt. Ich konnte keine Widersprüche erkennen, auch aufgrund des Beitrages von Herrn Zülch am Ende gab es keine gravierenden Unterschiede. Es deckt sich weitestgehend mit unseren Erkenntnissen, die wir in unterschiedlicher Art und Weise gewinnen konnten.

Zu der Frage, wie lösen wir Probleme oder wie helfen wir Probleme lösen, ist etwas sehr Richtiges gesagt worden, denn man muss helfen die inneren Kräfte dieser Länder zu stärken. Herr Prof. Dr. Steinbach hat es deutlich gesagt, beide Länder unterscheiden sich sehr deutlich von ihrer Regierungsstruktur. Der Iran, eine feste Regierung, die das ganze Land mit seinen vielen Ethnien und Religionen fest im Griff hat. Auf der anderen Seite der Irak, wo eine Regierung vorhanden ist, die keine Macht hat, sondern unter deren Händen alles zerbröselt. Die Tragödie, wie ich sie sehe, ist, dass ein blutrünstiger Diktator beseitigt wurde, das Leben für die Menschen sich aber trotzdem nicht verbessert hat. Ich glaube, es ist tatsächlich nötig, dass wir von uns aus versuchen, weiter die Signale zu senden. Shirin Ebadi, die gestern in Berlin, neben dem Nobelpreis auch den Roland-Berger-Preis für Menschenrechte erhalten hat, hat in ihrer sehr bewegenden Rede deutlich gemacht, dass sie sich die Anteilnahme von Außen wünscht, um die inneren Kräfte im Iran zu stärken. Ob das auch im Irak gelingen kann, da habe ich meine Zweifel, weil die Strukturen dort einfach zu amorph sind. Dort ist es auch sehr viel schwerer, Gruppen zu finden, denen man Hilfestellungen geben kann. Wenn die autochthone Christenheit aus der Zentralregierung des Irak flüchtet, weil sie um Leib und Leben fürchten muss, dann hilft es eher durch psychologische Hilfestellungen und Herstellen der Öffentlichkeit, stabilisierend zu wirken.

Von Auswärtigen Amt wird die Auffassung vertreten, dass die drei in der iranischen Verfassung benannten Religionen sich frei entfalten können. Meine Frage dazu ist, ob sie sich auch öffentlich zum Christentum bekennen können, beispielsweise mit einem Kreuz um den Hals, und ob ein Priester im Ornat auf die Straße gehen kann?

Abg. Strässer: Meine Wahrnehmung der Situation in den einzelnen Ländern ist etwas differenzierter. Ich habe den einen oder anderen Dissens gehört, was die Stabilität im Iran anbelangt. Wenn ich es richtig verstanden habe, lagen zwischen Herrn Zülch und Prof. Dr. Steinbach ziemliche Meinungsunterschiede.

Ich habe zunächst eine Frage an Frau Amirpur. Sie haben sich in Ihrem schriftlichen Statement auch zur Situation einer Gruppe, die heute noch nicht angesprochen wurde, nämlich die jüdische Minderheit, geäußert. Wir kennen ja den Auftritt von Herrn Ahmadinedschad, wo er sich massiv als Antizionist profiliert. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, ist die Position zu den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern im Iran selbst eine durchaus andere. Diese hat sich in den letzten Jahren zwar eher verschlechtert, aber dennoch stellt sich mir die Frage, ob die Unterdrückung von Religionsgemeinschaften, speziell auch der Baha'í, intern von der iranischen Gesellschaft geteilt wird.

Herrn Prof. Dr. Steinbach würde ich gerne fragen, ob bei einem Wahlergebnis zu Ungunsten von Herrn Ahmadinedschad mit einer inneren Liberalisierung gegenüber Minderheiten zu rechnen wäre, oder hätte dies keine spürbaren Konsequenzen für die Innenpolitik?

Ihnen, Herr Zülch, stimme ich an einer Stelle völlig zu, dass es absolut kontraproduktiv ist, Menschen in den Irak oder Iran zurückzuführen, die hier seit vielen Jahren leben. Das ist ein Appell, den wir im gesamten Deutschen Bundestag aufnehmen und in diesem Jahr noch umsetzen müssten, da Ende des Jahres eine Frist abläuft, die für viele Menschen schlimme Konsequenzen haben wird.

Abg. Granold: Ich habe eine Frage an Herrn Zülch und Herrn Prof. Dr. Steinbach. Sie haben beide ausgeführt, dass Sie für die Christen im Irak keine Zukunft sehen.

Herr Zülch, Sie sagten, es gebe keine Zukunft, alles strebe nach Westen. Wir waren in der Region und haben mit vielen Flüchtlingen gesprochen. Diese Flüchtlinge gehen überall hin, nur nicht in einen arabischen Bereich. Herr Prof. Dr. Steinbach hat ausgeführt, dass die Ursache für die Situation der Christen die islamistischen Extremisten sind bzw. die radikale amerikanische Missionierung. Vielleicht könnten Sie, Herr

Zülch, sich noch einmal zu den Ursachen äußern.

Es gibt noch viele Christen, die sagen, dass sie ausharren würden, Herr Prof. Dr. Steinbach, da es ihre Heimat und die Wiege des Glaubens ist. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass diese Christen im Irak doch noch Perspektiven sehen und welche Bedingungen müssten dazu erfüllt werden?

Abg. Winkler: Ich möchte auf den Aspekt der Homosexualität eingehen. StM Erler hat uns heute mitgeteilt, dass im Rahmen des konstruktiven Dialogs über die Verbesserung des Menschenrechtsschutzes zwischen Deutschland und dem Irak auch die Rechte und der Schutz homosexueller Iraker und Irakerinnen erörtert wurden. Ein bisheriges Resultat sei, dass das Deutsche Institut für Menschenrechte dem Irak bei der Etablierung eines eigenen Instituts für Menschenrechte helfen werde. Meine Frage ist, wie Sie das beurteilen, halten Sie das in dieser Frage für Ziel führend oder welche weiteren Hinweise könnten Sie uns geben? Bei den Eingangsvorträgen war bisher nur Prof. Dr. Steinbach auf diese verfolgte Minderheit eingegangen. Wenn Sie uns dazu noch Informationen geben könnten, die Sie in Ihren Eingangsstatements nicht geben konnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Herrn Zülch möchte ich in dem Teil zustimmen, der sich auf den Umgang mit den Irak-Flüchtlingen bezieht, die sich bereits in Deutschland befinden. Wir haben immer gewarnt, dass die zwangsweise Rückführung in den Irak zur weiteren Destabilisierung der Situation beitragen könne. Andererseits ist es erfreulich, dass mit den 2.500 Menschen, die bis Ende des Jahres aufgenommen werden sollen, ein erster kleiner Schritt gemacht wurde. Dazu hat StS Altmaier mit heutigem Datum mitgeteilt, dass die Gruppe der Homosexuellen nicht gesondert betrachtet werden kann, da diese im Moment nicht erfasst wird und die Bundesregierung auch nicht beabsichtigt, das zukünftig zu verändern. Diese Gruppe steht ja, wie wir gehört haben, im Irak wie im Iran unter besonderem Druck. Wie bewerten Sie das und was könnte man noch tun?

Abg. Riemann-Hanewinckel: Ich möchte Sie bitten, aus Ihrer Erfahrung etwas zu den Homo- und Transsexuellen zu sagen. Ich habe verstanden, dass Sie dazu nicht allzu viel sagen können, denn sobald bekannt wird, dass es Menschen gibt, die so leben, müsse man befürchten, dass diese der Verfolgung ausgesetzt sind. Wird es

weiterhin so sein, dass über die Situation oder die Frage, wie viele auch öffentlich anders leben wollen, nichts bekannt gegeben wird. Meine Frage dazu ist, ob es gewisse Rückschlüsse, von denen, die aus diesem Grund nach Deutschland oder in andere Länder geflüchtet sind?

Mit Blick auf Genitalverstümmelungen an Frauen möchte ich anmerken, dass es auch andere Länder, wie z. B. Äthiopien gibt, in denen Genitalverstümmelungen vielerorts immer noch die Praxis sind, obwohl es gesetzlich geregelt ist, dass Genitalverstümmelungen in Äthiopien verboten sind. Meine Frage ist, ob die gesetzlichen Regelungen im Iran und Irak solch ein Verbot vorsehen und es trotzdem praktiziert wird? Gibt es religiöse oder kulturelle Regularien, die Genitalverstümmelung vorsehen, über die aber nicht geredet wird und es deshalb kaum bekannt ist? Wissen Sie, ob es junge Frauen oder Mädchen im Irak oder Iran gibt, die aus Angst vor Genitalverstümmelungen flüchten?

Abg. Jung: Ich möchte mich auf den Iran konzentrieren und speziell Frau Amirpur bitten, uns noch etwas über die dortige Herrschaftsstruktur zu berichten, die uns zwar unfrei und geradezu totalitär vorkommt, aber totalitäre Systeme haben die Angewohnheit, dass es sich eigentlich um eine polykratische Herrschaft konkurrierender Gruppen handelt. Im Iran sind knapp die Hälfte Perser und etwa die andere Hälfte besteht aus Minderheiten. Daran schließt sich die Frage an, die häufig auf Seminaren und Tagungen debattiert wird, nämlich die nach einer Föderalisierung des Iran. Ich möchte die Frage auf die individuellen Rechte und kollektive Minderheitenrechte beziehen, auf was sollten wir mehr Wert legen? Bringt es etwas, mehr auf kollektive Minderheitenrechte zu setzen, wäre das eine Option für den Iran, zumal es offizielle Minderheitenvertreter gibt?

Abg. Leutert: Meine erste Frage geht an Herrn Zülch. Sie hatten die Aufnahme von verfolgten Christen aus dem Irak hier in Deutschland angesprochen. Ich möchte vorweg sagen, dass ich ein Gegner davon bin, Menschen nach bestimmten Religionen und Status zu bewerten und davon abhängig zu machen, wie man mit ihnen umgeht, daher hat für mich diese Aufnahme, obwohl ich dafür bin, dass diese Menschen hier aufgenommen werden, einen faden Beigeschmack. Mich würde interessieren, ob ich Sie richtig verstanden habe, dass Sie der Meinung sind, dass für verfolgte Christinnen

und Christen im Irak eine inländische Fluchtalternative existiert?

Meine zweite Frage geht an Frau Savelsberg. Es wurde im Fragenkatalog schon angerissen, was Deutschland tun könne, um die Menschenrechtssituation im Iran oder Irak zu verbessern. Sie hatten angesprochen, dass bestimmte Situationen in dem kurdisch autonomen Gebiet signifikant besser sind als im Rest des Irak. Daher ist meine Frage, ob es sinnvoll ist, darüber nachzudenken, dass man Entwicklungshilfeprojekte, die ja auch in Deutschland an bestimmte Kriterien gebunden sind, in den autonomen kurdischen Gebieten einsetzt?

Im Iran hat man das Problem, zumindest stellt es sich einem so dar, dass mit einer harten Ideologie sehr strenge Maßnahmen durchgeführt werden, die die Bevölkerung unterdrücken, wie beispielsweise das Problem der Homosexualität, wo homosexuelle Jugendliche öffentlich hingerichtet werden. Jedes System, das sich eine diktatorische Form gegeben hat, muss natürlich trotzdem auch einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Mich interessiert, wie die Einstellung der iranischen Bevölkerung zu diesen Maßnahmen ist.

Die Vorsitzende: Ich hätte zunächst eine Frage an Herrn Prof. Dr. Hofmann in Bezug auf die Baha'í in Ägypten. Die Ankündigung durch Gerichte oder auch durch Autoritäten, dass man bestimmte Diskriminierungen und Kenntlichmachungen von Baha'í-Angehörigen vermeiden wollte, hat es schon länger gegeben. Uns wurde dies das letzte Mal, als wir vor fünf Monaten in Ägypten waren, mitgeteilt, allerdings immer unter Verwendung des Zusatzes, man wisse nicht, ob es sich auch umsetzen lasse. Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Umsetzung nun läuft oder ist es nur weiterhin eine Ankündigung durch den Staatsanzeiger?

Frau Savelsberg möchte ich eine Frage zur Genitalverstümmelung stellen. Abg. Graf und ich waren zusammen mit Abg. Karl in Erbil und haben dort versucht, uns über die Verbreitung der Genitalverstümmelung kundig zu machen. Dort ist uns mitgeteilt worden, das sei weniger ein ethnisches und schon gar kein religiöses Problem, sondern es sei ein Problem einiger traditioneller Bergstämme. Die Zahlen, die wir dort gehört haben, stimmen mit denen, die Sie genannt haben, in keiner Weise überein. Das, was Sie berichtet haben, ist erschreckend. Daher würde mich interessieren, wie aktuell die

Zahlen sind, die Sie haben, und wie präzise Sie auch die Ausbreitungsgebiete beschreiben können, da wir dieser Sache mit großer Sicherheit nachgehen müssen und nachgehen werden.

Meine dritte Frage bezieht sich auf die sexuellen Minderheiten der lesbischen Frauen und der Transsexuellen. Über diese Minderheit ist bisher noch gar nicht berichtet worden. Meine Frage wäre, gibt es aus Ihrer Erkenntnis hier noch das eine oder andere, was Sie uns gerne noch zusätzlich sagen könnten?

Abg. Graf: Ich möchte nahtlos an dem anschließen, was die Vorsitzende gerade gesagt hat. Das Thema Genitalverstümmelung hat uns bei dieser Reise beschäftigt, allerdings nicht mit den Zahlen, die uns hier mitgeteilt wurden. Ich frage mich, ob es eine Praxis ist, die es in dieser Region schon immer gegeben hat, oder ist es etwas, das sich in den letzten Jahren entwickelt hat? Können Sie uns darüber Auskunft geben?

Vor dem Hintergrund dieser Reise hatte ich den Eindruck, dass es sich beim Nordirak um eine inzwischen wirtschaftlich durchaus prosperierende Region handelt. Wenn man über Entwicklungsprojekte diese Tendenz noch verstärken würde, hätte das aus Ihrer Sicht, Herr Prof. Dr. Steinbach, positive Auswirkungen auf die Entwicklung in der gesamten Region oder eher negative?

Dann habe ich noch eine Frage bezüglich der Fluchtmöglichkeiten von Yeziden. Frau Savelsberg, Sie haben angesprochen, dass die kurdische Regionalregierung die Yeziden nicht ins Land lässt, um Wahlergebnisse bzw. bei Entscheidungen der umstrittenen Regionen entsprechende Ergebnisse zu erzielen. Um wie viele Menschen handelt es sich dabei?

Abg. Müller-Sönsen: Ich habe eine Frage an Herrn Prof. Dr. Steinbach. Sie hatten sich zum EU-Iran-Dialog geäußert, den Sie positiv sehen. Meine Frage ist, welche Themen sind dort aus Ihrer Sicht vorrangig zu behandeln? Wären das beispielsweise die Baha'í? Wie können Vereinbarungen, Ihrer Meinung nach, mit dem Iran eine Verbindlichkeit erhalten? Wo sind die „roten Linien“ für die jetzigen Machthaber?

Tilman Zülch: Ich würde vorschlagen, dass auch, wenn eine Frage an eine bestimm-

te Person gerichtet ist, ein anderer dazu etwas äußern könnte. Ich möchte zunächst auf die Christen hinweisen. Ich halte es für einen absoluten Randaspekt, dass christliche Missionare die Situation der Christen im Irak gefährden sollten. In den umliegenden Staaten ist ähnliches passiert, ich denke dabei daran, dass sich 100.000 aramäische, assyrische und kaldäische Christen aus dem Irak bei uns total integriert haben. Auch aus dem Iran ist die große Mehrheit der assyrischen Christen bereits geflüchtet. Man kann fragen, warum die Juden 1933 in Deutschland verfolgt wurden, oder warum hat es in vielen anderen Ländern Minderheitenverfolgungen gibt. Die Christen sind in einer islamistischen Welt wie dem Irak sowohl bei der schiitischen als auch bei der sunnitischen Bevölkerung zu einem Objekt der Verfolgung geworden. Eine Minderheit, die immer wieder Schwierigkeiten gehabt hat, sagt irgendwann, wir fliehen besser rechtzeitig, andere harren aber aus, da sie auf Veränderungen hoffen, denn es ist ja ihre Heimat. Ich bin bisher vier Mal im Nordirak gewesen. Wir haben dort ein Büro und Vertreter aller Minderheiten, politischen Parteien und Verfolgtenverbände des Nordirak in unserem Beirat. Ich habe mit vielen Christen gesprochen und habe leider den Eindruck, dass das nicht aufzuhalten ist und man sich dort Illusionen macht.

Abg. Winkler, Sie sagten, dass sie den demographischen Aspekt ausschließen möchten. Es ist doch aber so, dass die Politik in Sachen Flüchtlingspolitik ununterbrochen realpolitische Aspekte in den Vordergrund stellt. Dann muss doch erlaubt sein, dass jemand von einer Menschenrechtsorganisation realpolitische Argumente benutzt, um, wie in diesem Fall, darauf hinzuweisen, dass eine Fülle von Familien, deren Kinder völlig „eingedeutscht“ sind und an denen jahrelang gearbeitet worden ist, aus dem Land gejagt werden. Sie fordern ja auch in der Politik, dass Spezialisten nach Deutschland einwandern sollen. Ich sage einfach nur, dass diese christliche Minderheit hervorragend ausgebildet und vorbereitet ist auf Integration. Ich sage nicht, dass unsere Menschenrechtsorganisation sich nicht auch für alle möglichen anderen, die nicht gut vorbereitet waren, eingesetzt hat und einsetzen wird, wenn sie verfolgt werden. Insofern denke ich, man sollte die, die unbedingt möchten, einladen und ich denke Deutschland ist prädestiniert. Ich selbst lebe in einer Region, wo an der Weser immer noch eine Reihe von hugenottischen Dörfern steht, die heute noch vorgezeigt werden. Lassen sie uns also diese christliche Minderheit dringend aufnehmen.

Prof. Dr. Udo Steinbach: Der erste Punkt bezieht sich auch bei mir auf die Christen.

Diese Diskussion die wir hier führen, kommt wahrscheinlich zu spät. Das Schicksal der Christen im Nahen Osten dürfte besiegelt sein, wenn man von Ägypten oder dem Libanon absieht, wo starke christliche Gruppen leben. Aber wenn was den Irak, Palästina oder die Türkei betrifft, wo nur noch eine Restminderheit von ehemals vielen hunderttausend Christen existiert, die am Anfang der Türkischen Republik dort gelebt hat. Das 20. Jahrhundert war ein Desaster für die Christen schlechthin. Es gibt viele Ursachen dafür, die wir hier nicht noch einmal aufarbeiten wollen. Aber um noch einmal auf die amerikanischen Missionare zu kommen, jeder Iraker sagt ihnen, dass das verhängnisvoll ist. Sie tauchen dort zu Hunderten auf und versuchen ihre „Schäfchen“ zu finden und damit sind sie natürlich dem Vorwurf der „fünften Kolonne“ ausgesetzt. Man kann den Amerikanern wirklich nur raten, diese Art von Missionierung einzustellen, wir kommen sonst in eine Situation wie im Osmanischen Reich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Es gibt viele Wissenschaftler die sagen, dass diese Missionierung die gesellschaftlichen Gewichte im Osmanischen Reich verschärft hat, mit dem Ergebnis der Verfolgung der Armenier 1915/16. Der westliche Einfluss im Christentum im Nahen Osten ist seit 100 Jahren ein verhängnisvoller und die Amerikaner haben daraus nichts gelernt.

Zur Frage, sollen wir sie aufnehmen oder nicht. Sie sagen sie sind bei uns willkommen, sie sind ein wertvoller Bestandteil. Ich erinnere mich an eine Irak-Konferenz in Barcelona, wo die Iraker sagten, man solle sie um Gottes Willen nicht aufnehmen und alles dafür tun sollte, damit sie dort bleiben, da sie zu der modernisierenden Elite gehörten. Sie seien ein wichtiger Baustein des Modernisierungsprozesses und eine wichtige und unerlässliche Brücke. Das ist ein Aspekt, den viele Intellektuelle dort vertreten. Warum sollen wir die modernisierenden Eliten des Nahen Ostens ausdünnen, mit denen es ohnehin nicht so weit bestellt ist. Ich bitte hier noch einmal nachzudenken, auch wenn ich weiß wie schwierig das ist.

Die Frage, ob die Baha'í-Verfolgung wirklich so unpopulär im Iran ist, möchte ich auch offen lassen. Frau Amirpur wird dazu weit mehr sagen können. Die Baha'ís haben im Iran eine lange Geschichte, auch als „fünfte Kolonne“ wahrgenommen zu werden. Unter dem Schah hat es schon Verfolgungen der Baha'í gegeben. Auf keinen Fall ist die Verfolgung der Baha'í nur eine Erfindung des Regimes Ahmadedschad oder des Regimes der Islamischen Republik, es ist sehr viel komplexer und sehr viel schwieri-

ger. Ich erinnere mich, dass ich, als ich den Menschenrechtsdialog für die Bundesregierung gemacht hatte, 1988 – 1994, zwei Mal gegenüber dem Iran darauf bestanden habe, dass wir einen deutschen Baha'í in die deutsche Delegation aufnehmen. Einmal in Hamburg, 1992, und einmal in Teheran, 1994. Es gab dort eine ganze Reihe von intelligenten Menschen, die bereit waren mit uns über die Menschenrechte zu sprechen, am Ende kamen wir auf die Baha'ís. Herr Schäfer, einer der führenden Männer aus dem Zentralrat der Baha'ís in Deutschland, trug als Jurist sehr sachlich die Situation der Baha'ís in Iran vor; das hat fast das ganze Gesprächsklima und die Ergebnisse des Dialogs gesprengt. Das ist ein sehr schwieriges Thema, das tief in der Geschichte des Iran verwurzelt ist.

Es ist natürlich sehr Interessant, ob es einen Nachfolger für Herrn Ahmadinedschad gibt oder nicht. Diese Frage wird nicht vom iranischen Wähler entschieden. Diese Frage wird von Herrn Khamene'i entschieden, dem geistlichen Führer. Wenn Herr Khamene'i will, dass eine Politikänderung stattfindet, insbesondere mit Blick auf das Obama-Angebot, dann lässt er einen „Regime-Change“ per Wahlen zu. Wenn er das Gefühl hat, dass die ganze Obama-Geschichte zu gefährlich ist, dass Iran eine Tür öffnet, aus der dann die halbe iranische Bevölkerung nach Amerika entschwinden könnte, die Tür also zu bleiben soll, wird er Herrn Ahmadinedschad weiterregieren lassen. So, wie die Dinge im Augenblick aussehen, ist die bewusste Konfrontation von Herrn Ahmadinedschad auf das Angebot von Obama nicht besonders gut.

Das bringt mich zu dem Stichwort „strenges Regime“. Ja, es ist ein strenges Regime aber gleichzeitig ungemein widersprüchlich. Zum einen ist dort der Herr Ahmadinedschad, der den Holocaust leugnet, und gleichzeitig tritt sein Vorgänger, der Herr Chatami, in Amerika auf und sagt, dass es den Holocaust natürlich gegeben hat. Das Problem sei jedoch, dass das schamvollste Kapitel der europäischen Geschichte im Iran abgeladen worden sei und nicht in Europa. Hier gibt es ein enormes Spektrum an Einstellungen zur Geschichte, zur Kultur und zum Westen, das man hier nur andeuten kann. Iran an Herrn Ahmadinedschad festzumachen ist kontraproduktiv, da wir keine den Realitäten angemessene iranische Politik finden werden, wenn wir das tun. Wir müssen Herrn Ahmadinedschad festmachen an Herrn Khamene'i, seinem möglichen Nachfolger und an Frau Ebadi, und ich finde es gut, dass Frau Ebadi noch einen Preis in Deutschland erhalten hat, das zeigt unser Engagement. Aber warum geben wir ihr

denn nur Preise? Haben wir aber irgendetwas von ihr über den Umgang mit dem Iran in den letzten Jahren gelernt? Nein! Sie ist so, wie wir uns den Iran wünschen, aber eine Politik daran festzumachen, das hat die Bundesregierung nicht geschafft.

Ich denke, wir sollten an den Themen des Dialogs festhalten, an denen wir früher schon gearbeitet haben. Das Thema Menschenrechte ist für die iranische und für die modernisierende Elite von enormer Faszination. Wenn Sie Herrn Chatami vor zwei Jahren in der Moschee in Hamburg gehört haben, als er mal wieder an seinem alten Ort des Wirkens war, sagte er, dass er sich keinen Islam vorstellen könnte, der mit Menschenrechten und Demokratie nicht kompatibel sei. Sein Philosoph sagt, die Menschenrechte und die Demokratie sind die größte Herausforderung an das islamische Denken im 20. oder mittlerweile im 21. Jahrhundert. Daran mögen Sie ermes- sen, dass das Thema Menschenrechte mit all dem, was es impliziert, von enormer Faszination ist und daran sollten wir festhalten. Wir haben begonnen darüber zu spre- chen, wir hatten gewisse Ergebnisse verzeichnet, lasst uns das doch wieder aufneh- men.

Ein Institut für Menschenrechte im Irak wäre wünschbar, aber die Prioritäten sollten andere sein. Wenn wir mit den Irakern reden, dann ist die Frage der Menschenrechte untrennbar verbunden mit der Frage der Stabilität. Darum lasst uns mit den Irakern über andere Dinge reden, über Demokratie oder Föderalismus. Seien sie vorsichtig, die kurdische Region allzu sehr zu preisen. Die Korruption ist exorbitant. Die Preise explodieren. Die kurdischen Forderungen nach den Territorien, die sie sich gerne ein- verleiben wollen, mit oder ohne Wahlen, sind abenteuerlich. Keine Regierung in Bag- dad wird das akzeptieren, egal wie ein Referendum in Kirkuk ausgehen wird, dass Kirkuk kurdisch wird. Also lassen sie uns auch mit diesen Leuten erst einmal reden. Die sind längst noch nicht über den Berg. Sie schwimmen auf einer Woge der Zu- stimmung, der Illusionen, was im Irak sei und nicht sei sowie der Unterstützung der Amerikaner, aber sie sind wirklich noch nicht über den Berg. Zu viele wollen, dass dieses kurdische Experiment scheitert und die Kurden sind die Letzten, die klug genug wären, die Fallen zu vermeiden, die auf dem Wege liegen.

Zur Homosexualität würde ich vorschlagen, dieses Thema nicht allzu hoch zu hängen. Wie lange ist es her, als die Homosexualität bei uns straffrei gemacht worden ist? Ich

bin noch mit dem § 175 groß geworden. Da war Homosexualität noch ein Straftatbestand. Bei uns ist es also gerade ein paar Jahrzehnte her und es ist die allerletzte Phase eines Modernisierungsprozesses unserer Gesellschaft in Europa und Deutschland. Das wollen wir nun in die Völker tragen, die noch am Anfang der Modernisierung stehen, die noch einen weiten Weg zu gehen haben. Wir sollten andere Themen in den Vordergrund stellen, das Thema Homosexualität kann dann noch eingefädelt werden.

Ich würde den kollektiven Rechten für nationale Minderheiten im Iran zustimmen, aber das Thema liegt nicht allein bei der iranischen Seite. Das Problem liegt auch bei der internationalen Politik und auf der amerikanischen Seite. Die Amerikaner sind nicht bereit, dem Iran Sicherheitsgarantien zu geben und haben darüber auch noch nicht gesprochen. Aber solange die Iraner keine Sicherheitsgarantien haben, werden sie sich auf Fragen der nationalen Identitäten kollektiver Rechte von Kurden, Belutschen usw. nicht einlassen, solange die amerikanisch-iranische Konfrontation fortbesteht. Das Thema ist nicht neu, aber wir müssen es einbetten in einen sehr komplexen Prozess der politischen Modernisierung und der politischen Integration Irans in den regionalen Kontext und in die internationale Politik.

Eva Savelsberg: Zunächst ein kurzer Satz zu der hier geführten Debatte, Angehörige christlicher Minderheiten aufnehmen oder nicht. Ich bin politisch und persönlich letztendlich über jede Person froh, die zurzeit nicht in den Irak zurückgeschickt wird. Trotzdem glaube ich, dass, wenn man intellektuell zu rechtfertigen versucht, warum gerade Christen, dass man da zu keinem erfolgsversprechenden Ergebnis kommt. Meiner Meinung nach darf nicht die ethnische oder die religiöse Herkunft, sondern muss das Gefahrenpotential im Vordergrund stehen, wenn es um Aufnahme geht. Da wird man dann zum Teil jedoch leider feststellen, dass man gerade diejenigen aufnehmen müsste, die man am wenigsten leiden kann. Wenn man sich beispielsweise die kurdisch-verwaltete Region ansieht, dann stellt man fest, dass es dort denjenigen am schlechtesten geht, die verdächtigt werden, islamisch-fundamentalistische Positionen zu vertreten. Das sind diejenigen, die, wenn überhaupt, unfaire Prozesse zu erwarten haben und die häufig in der Untersuchungshaft unter Folter leiden. Wenn wir Personen aufnehmen, die flüchteten, dann wären es die, die unsere Hilfe am nötigsten brauchten, das ist aber nicht unbedingt das Klientel, was der Bundestag gerne in

der Bundesrepublik begrüßen möchte.

Der zweite Punkt, in Antwort auf Herrn Zülch, ist der, dass für mich nicht die Frage, ob der Sinja zu Kurdistan bzw. zur kurdisch verwalteten Region gehören soll, wichtig, sondern was die KDP tut, um genau dieses Ergebnis zu erreichen. Und ich denke, dass dort durchaus Kritik auch an der kurdischen Regionalregierung angemessen ist. Die Formulierung von Herrn Prof. Dr. Steinbach, dass die Kurden die letzten seien, die klug genug sind, bestimmte Fallen zu vermeiden, ist mir persönlich etwas zu polemisch. Ich glaube es ist sinnvoller, ins Detail zu gehen und zu sehen, wo tatsächlich Dinge im Argen liegen. Ich habe persönlich nicht unbedingt etwas gegen einen ethnischen Föderalismus. Ich denke aber, wenn sich Föderalismus allein darauf beschränkt, dass man sagt, wir wollen hier unsere ethnische Autonomie, dann geht das nicht weit genug, denn Föderalismus bedeutet sehr viel mehr, Föderalismus bedeutet eben auch, innerhalb des eigenen Machtbereiches Partizipation unterschiedlicher Gruppen vorzunehmen, Föderalismus bedeutet eben auch Macht zu teilen auch auf untere Ebenen, Macht zu geben und hier muss ich sagen sind die großen Parteien KDP und PUK noch weit davon entfernt als demokratisch bezeichnet zu werden. Es ist kein Zufall, dass bei den letzten Wahlen PUK und KDP auf einer gemeinsamen Liste innerhalb der kurdisch verwalteten Region angetreten sind, denn was man unbedingt vermeiden wollte, war dass die eine Partei mehr Stimmen bekommt als die andere, denn dann hätte die eine Partei ja Opposition sein müssen. Das ist nach wie vor kein Szenario, von dem man ausgeht, dass man es in friedlicher Weise dort handhaben kann.

Ich halte weniger entwicklungspolitische Projekte in der kurdisch verwalteten Region für sinnvoll, als Projekte die zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen. Projekte, die an bestimmten Punkten ansetzen und sowohl zivilgesellschaftliche Gruppen als auch die kurdische Regionalregierung an bestimmten Punkten beraten und unterstützen, um nicht in einem ethnischen Föderalismus steckenzubleiben, sondern tatsächlich eine weitere Entwicklung zu vollziehen.

Eine weitere Frage an mich betraf die Genitalverstümmelungen im kurdisch verwalteten Nordirak. Die Zahlen, die ich hier genannt habe, sind ganz aktuelle Zahlen, die sich auf Untersuchungen beziehen die 2003/2004 begonnen wurden und bis 2009

durchgeführt wurden. Das Problem besteht momentan darin, dass die Gelder fehlen, um die Zahlen tatsächlich auszuwerten. Auch das ist eine wunderbare Möglichkeit, wie sich die Bundesregierung bzw. Stiftungen in sinnvoller Weise auch zivilgesellschaftlich engagieren könnten, indem Gelder zur Verfügung gestellt werden, um die Kampagnen gegen Genitalverstümmelungen weiterzuführen und um andererseits aber auch die Forschungslücken, die zu diesem Thema weiterbestehen, aufzuarbeiten. Es handelt sich mit Sicherheit nicht um eine vollkommen neue Praxis, soviel ist klar, aber wie tief verankert diese Praxis in der Region ist, dazu liegen schlicht und ergreifend noch keine wirklichen Ergebnisse vor. Ich denke aber, dass klar sein muss, ist, dass diese Form von Verstümmelung nicht vollständig unabhängig vom Islam gesehen werden kann, denn sie fallen in den Kontext der gewalttätigen Kontrolle der Sexualität von Frauen. Was die gesetzlichen Regelungen anbelangt, die Genitalverstümmelungen betreffen, ist es so, dass die kurdische Regionalregierung durchaus eine gewisse Einsicht zeigt, was das Problem anbelangt. Der Gesundheitsminister hat erst vor kurzem erklärt, dass das Problem der Verstümmelung in Irakisch Kurdistan tatsächlich existiert. Es gibt derzeit einen Gesetzentwurf, der im kurdischen Regionalparlament verabschiedet werden soll, und der Verstümmelungen verbieten soll. Das Problem ist im Moment jedoch, dass es Kreise gab, die sagten, man würde es lieber per Dekret verabschieden. Es gab keine inhaltlichen Differenzen, man wollte das Thema nur nicht so gerne im kurdischen Regionalparlament diskutieren. An diesem Punkt haben aber die Organisatoren der Kampagne gesagt, dass dies konkret als Gesetz verabschiedet wird, denn man wolle, dass darüber gesprochen wird. Es muss über Verstümmelung gesprochen werden, denn nur so wird sich langfristig etwas ändern.

Ob Personen aus Angst vor Genitalverstümmelungen geflohen sind? Die Frage kann ich verneinen, mir zumindest sind keine Fälle bekannt. Ich arbeite seit 10 Jahren als Gutachterin in diesem Bereich. Es gab bisher keine solchen Fälle, aber ich nehme an, dass das daran liegt, dass die Mädchen, denen diese Gewalt angetan wird, zu jung sind, um zu fliehen.

Ein letzter Punkt ist der, wieweit es sinnvoll sei, ein Institut für Menschenrechte im Irak zu etablieren, das sich dann auch mit den Rechten von Homosexuellen beschäftigt. Natürlich ist es sinnvoll, aber ich denke nur, dass man sich davon nicht allzu viel er-

hoffen darf. Wenn dieses Institut nicht mehr wert ist als beispielsweise die Rechte der religiösen Minderheiten, die auch in der irakischen Verfassung festgehalten sind, dann bringt das nicht viel. Für sinnvoller halte ich Gruppierungen die sich für eine Verbesserung der Situation, beispielsweise von Homosexuellen, einsetzen, um ganz von unten anzufangen, etwas zu verändern. Denn die großen Institute und die wundervollen Gesetze bringen letztendlich nicht viel, wenn sich nicht an der Wurzel auch etwas ändert. Daher ist es wichtig zu sagen, dass Homosexuelle auch in der kurdisch verwalteten Region nicht frei leben können. Es gab z. B. eine Anklage gegen einen Wissenschaftler, der sich lediglich zu Homosexualität geäußert hat und eine Studie dazu erarbeitet hat. Dieser Wissenschaftler wurde aufgrund dieser Äußerungen in der kurdisch verwalteten Region angeklagt und lebt inzwischen in Großbritannien im Exil. Interessanter Weise gibt es auch sehr wenig Fälle, in denen Personen aus dem Irak als Homosexuelle versuchen, hier Asyl zu erhalten. Ich vermute, dass das aber auch damit zusammenhängt, dass auch innerhalb dieser kurdischen Diasporagemeinde Homosexualität vollkommen tabuisiert ist. Auch für einen hier in Deutschland lebenden Kurden ist es alles andere als einfach, sich als Homosexueller zu outen.

Ich möchte noch einen Satz zum Sinja sagen. Ich muss gestehen, die genauen Zahlen, wie viele Personen im Sinja leben, kenne ich nicht auswendig. Leider habe ich sie auch nicht dabei. Tatsache ist aber, dass die Mehrheit der Yeziden im Irak, nämlich 90 Prozent, außerhalb der kurdisch verwalteten Region leben darf. Davon dürfte etwa die Hälfte im Sinja leben. Es ist also eine ganz erhebliche Zahl von Yeziden, denen der Zugang zum kurdisch verwalteten Nordirak verwehrt wird. Durch diese große Zahl sind sie für die Wahlen so wichtig.

Ruth Jüttner: Ich möchte nur zwei Punkte herausgreifen. Zum einen das Thema zur Aufnahme von Christen, da das mehrfach hier angesprochen wurde. Ich möchte mich den Ausführungen von Frau Savelsberg anschließen. Für amnesty international war es sehr bedauerlich, dass die Diskussion über die Aufnahme von Menschen aus dem Irak anhand des Kriteriums der Christen diskutiert worden ist. Dadurch hat die Diskussion, die amnesty schon lange geführt hat, dass die Bundesregierung sich dazu beiterklärt, bedrohte Menschen, die aus ihrem Land bereits geflohen sind, in Deutschland aufzunehmen, wenn sie in den Erstaufnahmeländern keine Lebensperspektive mehr haben und sie weiterhin gefährdet sind, einen sehr unglücklichen „Zungen-

schlag“ bekommen. Es hat dann zur Auswirkung gehabt, dass kritisiert wurde, man würde Polfaktoren schaffen und bedrohte Christen aus dem Irak jetzt erst recht fliehen würden. Das Grundkonzept was dahintersteckt ist, dass durch Aufnahme von Flüchtlingen durch ein Resettlement-Programm die Länder entlastet werden sollen, die Millionen und hunderttausende von Flüchtlingen in Katastrophensituationen aufnehmen. Natürlich kann das dann zur Auswirkung haben, dass bestimmte Gruppen fliehen, aber das Kriterium, und darum sollte sich die Diskussion eigentlich drehen, ist die Verwundbarkeit, die Gefährdung und die Tatsache, dass die Person bereits geflohen ist und in diesem Zufluchtsland keine Perspektive hat. Wir halten diese Forderung weiterhin aufrecht. Ich denke, die Bundesrepublik sollte sich grundsätzlich für eine solche Aufnahme entscheiden, und zwar nicht nur für Flüchtlinge aus dem Irak, sondern auch für Flüchtlinge, die in anderen Ländern „gestrandet“ sind und sich in einer Dauerflüchtlingssituation befinden und teilweise unter schwierigen Lebensbedingungen in Lagern leben müssen.

Zum anderen möchte ich auf die Frage der Situation von Homosexuellen eingehen. Prof. Dr. Steinbach sagte dazu, dass das das letzte Thema wäre, was man ansprechen sollte. Natürlich ist es klar, dass in islamisch geprägten Gesellschaften, Menschen, die eine andere sexuelle Orientierung haben, ob es nun Homosexuelle, Lesben oder Transsexuelle sind, eine Gruppe darstellen, die einer extremen Stigmatisierung ausgesetzt sind und in den Gesellschaften isoliert sind. Was uns besonders an den massiven Verfolgungsmaßnahmen schockiert hat, die in den letzten Wochen aus dem Irak bekannt wurden, war, dass die Täter keine staatlichen Akteure waren, sondern militärischen Gruppen angehörten. Teilweise wurden die homosexuellen Männer von Angehörigen ihrer eigenen Familien oder Stämmen getötet. Erschreckend war jedoch auch, dass die Polizei das geduldet hat und die verantwortlichen Politiker sich bisher nicht dazu durchringen konnten, diese willkürlichen Tötungen zu verurteilen. Wenigstens das würden wir von den Politikern im Irak erwarten. Denn solche Tötungen stellen eine Verletzung der grundsätzlichen Menschenrechte dar. Es wird natürlich sehr lange dauern, bis sich die Einstellungen in den Gesellschaften ändern, aber zumindest dieses Signal muss man verlangen, da es Teil dessen ist, was insgesamt für die Menschenrechtspolitik der irakischen Politik eine Rolle spielt. Die Toleranz und der Respekt vor den ethnischen Minderheiten, den religiösen Minderheiten oder auch denjenigen, die andere sexuelle Orientierungen haben, ist etwas, das man erwarten

kann.

Prof. Dr. Ingo Hofmann: Ich wurde dazu befragt, ob die Unterdrückung der Baha'í von der Gesellschaft geteilt wird. Zunächst ist zu bedenken, dass es 165 Jahre Baha'í-Geschichte im Iran gibt und gleichermaßen 165 Jahre Desinformationspolitik, die sich erst in jüngster Zeit auflöst. Ich würde sagen, Dank des Zugriffs der Menschen dort auf Medien, die früher nicht zur Verfügung standen. Vielleicht sollte man die Frage stellen, welcher Prozentsatz der iranischen Bevölkerung konservativen islamischen Gedanken und welcher säkularen Gedanken anhängt. Diese Frage möchte ich aber an meine Nachrednerin weitergeben, in der Hoffnung, dass sie sie vielleicht quantitativ beantworten kann. Meine Erfahrung im Umgang mit Studenten und Wissenschaftlern aus dem Iran ist die, dass der säkulare Anteil durchaus sehr hoch ist, aber bei dem säkularen Anteil hat auch die Desinformationspolitik der letzten 165 Jahre ihre Wirkung hinterlassen. Es ist zu bedenken, dass nach dem 1. Weltkrieg die Baha'í als Spione Englands galten. In den Frühzeiten der Pahlavi-Dynastie, nach dem 2. Weltkrieg, als Spione Russlands, da dann Russland das Problem des Irans wurde. Schließlich in der neueren Zeit die Spione Amerikas und neuerdings sogar die Spione Israels. Diese lange Geschichte hat natürlich Nachwirkungen. Ich bin davon überzeugt, dass eine Stärkung der menschenrechtsorientierten Kreise im Iran ein Zugang wäre. Ich habe keinen Rat zu erteilen, wie ein konservativer islamischer Kleriker mit der Tatsache umgehen soll, eine nachislamische Religion, wie sie die Baha'í-Religion darstellt, zu akzeptieren. Dieses Problem muss er selbst lösen. Wir können höchstens einen Rat dazu geben, wie man das Bürgerrecht der Baha'í im Iran von der theologischen, religiösen Auffassung zu trennen hat. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass ein großer Teil der iranischen Bevölkerung nach wie vor in einer Desinformationszeit lebt. Beispielsweise ist es offensichtlich, dass die Diskussion um die Strafrechtsnovelle zur Apostasie in der iranischen Öffentlichkeit nach meiner Kenntnis nicht diskutiert wurde. Das ist außerordentlich bedenklich, denn sollte sich diese endgültige Beschlussfassung bewahrheiten, dann werden hier ganz neue Türen der konkreten Unterdrückung geöffnet.

Ich möchte mich noch zu dem Punkt, der von der Vorsitzenden angesprochen wurde, äußern. Es ist in der Tat so, dass am 17. März 2009 der ägyptische Innenminister verkündet hat, dass das Freilassen der Angabe der Religion nun Gesetzescharakter

hat. Diese Änderung ist eine Ergänzung des Personenstandsrechts aus dem Jahre 1994 und ist im Staatsblatt verkündet worden. Dieses Problem ist in Ägypten gelöst worden. Man muss gleichzeitig anerkennen, dass die ägyptische Initiative für Menschenrechte einen erheblichen Anteil daran hat, dass sich diese Entscheidung trotz des ständigen Revisionsverlangens durch die Muslimbrüder sogar an der höchsten Stelle des Obersten Verwaltungsgerichts durchgesetzt hat.

Dr. Katajun Amirpur: Ich beginne mit der Frage, ob sich die drei anerkannten Religionen im Iran frei entfalten können. Wir reden hier über die Christen, Juden und Zoroastrier. Ich würde sagen, in einem begrenzten Rahmen kann man das bejahen. Man kann nicht sagen, dass sie nicht diskriminiert seien, aber immerhin haben sie Vertreter im Parlament, eigenen Schulen, dürfen ihre Sprache sprechen und ihre religiösen Riten verfolgen. Vor allem in der Bevölkerung sind sie extrem anerkannt und beliebt. Die Zoroastrier gelten immer noch als die ursprünglichen Iraner. Ich kann mich erinnern, dass wir vor 15 Jahren in Isfahan, wo heute die lebendigste armenische Gemeinde lebt, einen Kfz-Mechaniker suchten und jeder uns sagte, dass wir zu einem Christen gehen sollten, weil das die ehrlichsten seien und am besten, schnellsten und billigsten den Fehler beheben könnten. Sie haben also einen sehr guten Ruf in der iranischen Bevölkerung. Ich war gerade wieder in dem armenischen Viertel in Isfahan und würde sagen, es ist der mit Abstand freiste Platz, den ich in den letzten zwei Wochen im Iran gesehen habe. Wenn man sich ansieht, wie die Jugendlichen dort flanieren, händchenhaltend, mit Kopftüchern die kaum mehr sichtbar sind und Capuccino trinken. Wenn sich die restliche muslimische Bevölkerung in Isfahan etwas Gutes tun möchte, dann geht sie genau in dieses Christen-Viertel. Die drei anerkannten Religionen können also einigermaßen angenehm dort ihr Leben gestalten. In Teilen haben sie es sogar leichter, als Muslime, die sich einem sehr westlichen und liberalen Lebensstil verschrieben haben. Sie dürfen beispielsweise Schweinefleisch essen und verkaufen, sie dürfen Alkohol trinken, natürlich nicht in der Öffentlichkeit, aber all das ist für sie möglich. Trotzdem gibt es natürlich Diskriminierungen. Sie dürfen bestimmte Positionen im Staatsapparat nicht bekleiden und es gibt ein großes Problem, nämlich dass die schiitische Geistlichkeit über Juden, Christen und Muslime gleichermaßen sagt, sie seien unrein. Beispielsweise sind im Iran-Irakischen Krieg viele jüdische Ärzte ins Ausland gegangen, weil ihnen vorgeschrieben wurde, dass sie keine verwundeten iranischen Soldaten, die Muslime sind, behandeln dürfen, weil diese Ärzte unrein war-

en.

Damit komme ich dann auch zu der Frage der Juden im Iran. Vor der Revolution lebten 100.000 Juden in Iran, inzwischen sind es ca. 25.000. Schon 1978/79 war eine der größten Befürchtungen, dass, wenn ein islamisches Regime an die Macht kommt, es als erstes den Juden an den Kragen geht. Das ist so nicht geschehen, man hat von Anfang an, obwohl Ayatollah Khomeini in den 60er und 70er Jahren sehr antisemitische Äußerungen von sich gegeben hat, darauf beharrt, dass man einen Unterschied macht zwischen den iranischen Juden und den, wie er sie nannten, „verderbten Zionisten“. Die iranisch-jüdische Gemeinde ist schon zu Anfang der Revolution zu Ayatollah Khomeini gegangen und hat ihn gefragt, was mit ihnen geschieht, und er hat ihnen ihre Sicherheit zugesichert. Damit konnte man in einer relativen Sicherheit all die Jahre leben. Trotzdem haben 75.000 Juden den Iran seit der Revolution verlassen, allerdings aus verschiedensten Gründen. Selbst unabhängige Wissenschaftler sagen, dass die wenigsten wegen religiöser Verfolgung gegangen sind, sondern weil sie zum Teil die finanziellen wirtschaftlichen Möglichkeiten hatten, überhaupt zu gehen, aber das trifft auf für Muslime und andere Nichtmuslime zu. Diese Juden waren aber auch nicht zionistisch eingestellt und sind weitestgehend, ca. 65.000, in die USA gegangen. In Israel leben sehr wenige, ca. 10.000, iranische Juden. Auch Juden haben im Iran ihre Krankenhäuser und ihren Vertreter im Parlament. Die Juden, die jetzt noch im Iran sind, scheinen wirklich der harte Kern zu sein, der auf keinen Fall gehen möchte, sei es, weil sie es sich finanziell nicht leisten können oder weil man gehört hat, dass ihre Verwandten in Israel nicht gut behandelt werden. Es gibt einen großen Rassismus gegenüber arabischen und iranischen Juden, dass sie es vorziehen in ihrer Heimat zu bleiben, wo sie geschützt leben können.

Die jüdische Gemeinde in Teheran war entsetzt, als Ahmadinedschad den Holocaust bezweifelt hat. Sie war auch angewidert, als er die Holocaust-Konferenz in Teheran veranstaltet hat. Das war der Moment, wo der Vertreter der jüdischen Gemeinde in Teheran einen Brief an Ahmadinedschad geschrieben hat, in dem er ihm mitteilte, dass sie sich in den letzten Jahren im Iran wohlfühlt hätten, aber das sei etwas, was sie auf keinen Fall verstehen, nachvollziehen und tolerieren könnten. Ich glaube fast, dass auch Ahmadinedschad dann ein Zeichen setzen wollte, dass er sich zwar immer noch als Antizionist gebärden wolle, aber die iranischen Juden von diesen Äußerun-

gen ausnehmen wollte. Er hat beispielsweise, im Zusammenhang mit seinen unmöglichen Äußerungen über Israel oder den Holocaust, dem jüdischen Krankenhaus in Teheran eine sehr große Spende überreicht. Die iranisch-jüdische Gemeinde scheint sich nicht konkret bedroht zu fühlen durch Ahmadinedschad. Ein anderer Beweis dafür ist vielleicht auch, dass die israelische Regierung seit einigen Jahren verschärft versucht, den Juden im Iran finanzielle Hilfen zu geben, damit sie ausreisen, worauf es eine sehr geringe Resonanz auf dieses Angebot gab.

Damit komme ich zu den Baha'ís, die tatsächlich im Iran verfolgt sind, was daran liegt, dass es ein Glaubensanliegen der schiitischen Radikalisierung ist, gegen die Baha'ís vorzugehen. Es ist auch religionsgeschichtlich nicht ungewöhnlich, dass man die Religionen, die vor der eigenen Religion da waren, durchaus akzeptieren konnte. Auch die Christen konnten die Juden und die Muslime konnten Judentum und Christentum akzeptieren. Was aber den Schiiten sehr schwer fällt zu akzeptieren, sind die Baha'ís, da sie den Anspruch stellen, eine nachislamische Religion zu sein. Die iranischen Schiiten warten auf die Rückkehr des 12. Imams, der dem Messias vergleichbar ist und Baha'u'llah hat den Anspruch vertreten, eben dieser Messias zu sein, oder zumindest wird das von den Schiiten so interpretiert. Man muss nun sagen, dass das theologisch die größtmögliche Herausforderung und Provokation für die Schiiten ist. Zum andern haben die Baha'ís seit ihrer Entstehung sehr sozialrevolutionäre Ideen vertreten, beispielsweise zur Gleichstellung der Frau. Das waren alles Ideen, die sehr gefährlich waren für die herrschende schiitische Geistlichkeit im Iran. Insofern hatte man gleich mehrere Gründe, sie zu verfolgen. Das war nicht anders, als die Religion im Iran begründet wurde und heute ist es noch weitaus extremer, wo sich die radikal islamische Gruppierung an der Macht befindet und es quasi Teil ihrer Ideologie ist, diese Glaubensrichtung auszumerzen. Unter dem Schah war die Situation der Baha'í zwar relativ gut, aber auch der Schah hat, wann immer er sich der schiitischen Geistlichkeit annähern wollte, die Mullahs auf die Baha'í losgelassen. Insofern ist die Problematik zwar extrem verschärft, aber in den Grundzügen besteht sie schon sehr lange.

Ich komme nun zur Frage der Homosexuellen. Homosexualität ist ein absolutes Tabuthema im Iran. Insofern ist es ausgesprochen schwierig, wirklich Zahlen oder Erfahrungswerte darüber zu bekommen. Es gibt eine iranische Lesben- und Schwulen-Gemeinschaft, aber es gibt natürlich nirgendwo einen Treffpunkt. Der Austausch findet

über Internet statt, daher weiß man, dass es das gibt, aber es ist hochgradig gefährlich sich zu outen. Für Männer steht die Todesstrafe auf Homosexualität, für Frauen sind es, glaube ich, 100 Peitschenhiebe. In den Blogs ist aber erkennbar, dass es durchaus eine Szene gibt, die sich heimlich trifft und relativ rege ist. Es ist aber auch relativ schwierig, in bayerischen Dörfern darüber frei zu sprechen und zu diskutieren. Im Iran ist das Thema tabuisiert und es steht die Todesstrafe auf den Straftatbestand der Homosexualität. Andererseits ist die Beweisführung sehr schwierig. Es muss das Zeugnis von vier männlichen Zeugen erbracht werden, die den Geschlechtsakt bezeugen können, was schon einigermaßen schwierig ist.

Zur Frage der Genitalverstümmelung muss ich sagen, dass ich nicht weiß, ob das den Iran betraf. Meines Wissens gibt es im Iran keine Genitalverstümmelungen.

Abg. Jung hat mich auf die Herrschaftsstrukturen angesprochen. Meinen Sie jetzt die Herrschaftsstrukturen allgemein oder im Bezug auf die Minderheiten? Ich müsste nämlich sehr weit ausholen, wenn ich die Herrschaftsstrukturen noch einmal im Einzelnen darlegen wolle. Ich würde mich im Bezug auf die kollektiven Minderheitenrechte dem anschließen, was Herr Prof. Dr. Steinbach sagte. Insgesamt ist es mir jedoch ein Anliegen, noch einmal zu betonen, dass Iran zwar ein Vielvölkerstaat ist und es sehr viele Minderheitenprobleme gibt, aber auf der anderen Seite glaube ich nicht, dass Iran als Vielvölkerstaat akut vom Zerfall bedroht ist. Meine Familie kommt aus der angesprochenen Minderheit der Asserdis, die 21 Prozent ausmachen, was nicht so wenig ist, aber ich würde schwören, dass diese Minderheit eine sehr iranische Nationalseele hat und dass man zwar durchaus diskriminiert wird, meine Cousinen und Cousins dürfen ihre türkische Muttersprache beispielsweise nicht in der Schule lernen, aber in vielen Dingen gibt es diese Diskriminierung nicht. Wir haben viele persische Schwiegersöhne in unserer Familie. Es ist so vermischt und verwoben, dass die Heiratspolitik schon ein Zeichen dafür ist, dass Asserdis überall vorhanden sind und eine solche Sezessionsproblematik nicht besteht. Bei Belutschen ist es zum Teil anders. Andererseits muss man da aber auch sagen, dass die Aufstände sehr stark von außen geschürt werden, und wenn es etwas gibt, wo eine Einmischung von außen doch unterlassen werden sollte, dann bitte im Schüren all dieser Aufstände. Das ist sehr gefährlich und da ist die iranische Regierung auch zu keinerlei Konzessionen bereit. Mein Eindruck ist immer wieder, dass es durchaus ein sehr großes starkes iranisches

Nationalgefühl gibt, auch bei armenischen Christen oder bei den Arabern in Kurdistan.

Bei der Einstellung der Bevölkerung zu Maßnahmen den Homosexuellen gegenüber, wäre ich sehr vorsichtig, davon auszugehen, dass es eine breite aufgeklärte Mehrheit in der Haltung gegenüber Homosexuellen gibt. Vermutlich ist man gegen die Todesstrafe, aber dass man es für ein Tabu hält und es gesellschaftlich nicht akzeptabel ist, dass glaube ich, ist in dieser Gesellschaft noch sehr stark verbreitet.

Zur Situation im Irak möchte ich sagen, dass es sehr stark erschwert wird und auch Gesetze bringen uns da nicht sehr viel, solange wir eine Autorität wie Ayatollah Sistani im Irak haben, der sagt, dass Homosexualität wider die Natur ist. Das wären vielleicht die Punkte, an denen wir ansetzen müssten, aber nicht wirklich dran kommen. Es sind immer noch die schiitischen Autoritäten, die sehr viel in diesen Ländern bestimmen, wo sich die Menschen in ihrer Einstellung und Haltung nach richten. Deshalb müsste man theoretisch versuchen jemanden wie Ayatollah Sistani auf die eigene Linie einzuschwören und ihn um einen Vermittlungsversuch in solchen Fragen bitten. Das würde weitaus mehr bringen, als Gesetze oder ein Institut für Menschenrechtsfragen. Jemand wie z. B. Ayatollah Montazeri, ein ranghoher schiitischer Geistlicher, der sich hinstellt und sagt, dass die Baha'í in unseren Augen zwar Häretiker und vom Glauben abgefallen sind, aber sie als iranische Staatsangehörige gleiche Bürgerrechte genießen müssen. Für uns klingt das vielleicht etwas lächerlich, aber das ist ein unglaublicher Schritt in die richtige Richtung. So müsste es theoretisch laufen. Ich weiß natürlich nicht, wie man das anstellt, aber das sind die Leute, die unglaublich viel Einfluss haben und wo man sehr viel bewegen kann, wenn man in diesen Staaten etwas in Richtung Demokratie, Frauenrechte usw.

Die Vorsitzende: Vielen Dank an Sie und alle anderen Experten. Wie das bei Schwaben so üblich ist, möchte ich jedoch gleich noch eine Bitte anschließen. Sie haben bemerkt, dass es in den Fragen eine ganze Reihe von Punkten gab, die angesprochen wurden, die nicht beantwortet werden konnten. Das bezieht sich beispielsweise auf die Zahlen und die Präzision bei der Genitalverstümmelung im Irak, aber auch auf viele andere Dinge, was Transsexuelle und andere Fragen anbelangt. Daher meine Bitte, da uns dieses Thema erhalten bleibt und auch in seiner Breite heute nicht abschließend behandelt werden kann, dass Sie uns auf dem Laufenden halten. Wenn

Sie dem Sekretariat entsprechende Informationen zukommen lassen könnten, fänden wir das sehr gut und ich glaube, wir werden diese Themen dann auch entsprechend weiter aufarbeiten. Damit schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss der Sitzung: 19:05 Uhr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Herta Däubler-Gmelin', written in a cursive style.

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB
Vorsitzende